

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2019



Entfristung auf dem Weg

Das Peking Massaker

Der illegale Widerstand, Teil II

Inhalt

Aktuell

- 3 Preis verliehen
Deutschlandvertrag führte zu Zwangsaussiedlungen
Substantielle Verbesserungen gefordert
Gedenkstätte mutwillig beschädigt
Höhere Renten für Volkspolizisten

Recht

- 4 Entfristung im Anmarsch

International

- 5 Das Peking Massaker
Gewalt und Festnahmen in Kuba
Pastor in vietnamesischem Straflager

Geschichte

- 6 Der illegale Widerstand, Teil II

Dokumentiert

- 9 Offener Brief
Festkomitee ohne SED-Opfer

Berichte

- 10 Die Vergessenen – Leipziger Fluchtopfer 1989
Gegenwart und Zukunft im Blick
- 11 Schüler erradelten Geschichte
Viva Polonia – Viva Toszek
- 13 Repressionsorte

Verbände

- 14 Aufruf zu Gedenkzeichen
Gedenkveranstaltung in Malchow
Achtung Grenze!
- 15 „Von Sprachlosigkeit befreien“
Umzug
Vorstandswahl im Bautzen-Komitee
Gedenken in Ketschendorf
Suchanzeigen

Service/Bücher

- 16 Hotel Waldeshöh
- 17 Roter Hunger
Unzertrennlich
Hörspiel über ehemaligen DDR-Häftling
- 18 Auschwitz und Staatssicherheit
Aufarbeitung von Schicksalen
- 19 Die Moskauer

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Mehrere Meter große Graphik von Katharina Kosak, entstanden während des 23. Bundeskongresses der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 17. und 18. Mai 2019 in Berlin-Dahlem (s. a. S. 10)..

Graphic Recording by Katharina Kosak,
www.kosakdesign.de

Editorial

Bundestagsentschließung vom 6. Juni 2019 zur Verbesserung der Lage der SED-Opfer – Wird nun alles besser?

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

der Bundestag hat am 6. Juni mit den Stimmen der Regierungsfractionen umfangreiche Beschlüsse, Empfehlungen und Prüfeempfehlungen beschlossen. Vieles von dem, was den Verbänden der SED- und Kommunismus-Opfer am Herzen lag, ist hierin aufgenommen. Leider waren wir bei einem Punkt, nämlich der überfälligen Entschädigung von Zwangsausgesiedelten, noch nicht erfolgreich, aber hier bleiben wir dran.

Bei den vielen Einzelregelungen möchte ich besonders darauf aufmerksam machen, daß wir nun endlich ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus als unumkehrbaren Beschluß des Bundestages erreicht haben. Aber auch die Einrichtung eines Opferbeauftragten für die Angelegenheiten der SED-Opfer ist außerordentlich wichtig.

Wir alle wissen, wie schwer es ist, unser vielfaches und ebenso vielfältig erlittenes Unrecht und die daraus resultierenden Bitten und Forderungen in der Politik zu plazieren. Wir brauchen einen Fürsprecher und jemanden, der es versteht, diese Bitten und Forderungen in aktive Politikkanäle einzuspeisen. Auch, daß der Bundestag unserem Vorschlag gefolgt ist, an der Universität Magdeburg ein Kompetenzzentrum zur Behandlung und Begutachtung von durch die SED-Diktatur verursachten Gesundheitsschäden einzurichten, ist wichtig. Die Odysseen, die Antragsteller bei den Landesämtern für Gesundheit und Soziales hinter sich

haben, und der Gutachterkrieg müssen endlich aufhören. Auf jeden Fall haben wir alle gemeinsam mit den Beschlüssen der Regierungsfractionen vom 6. Juni 2019 einen großen Schritt nach vorn gemacht.

Bitte lesen Sie sich die einzelnen Beschlusßpositionen durch (siehe www.uokg.de). Gern nehmen wir Hinweise auf, an welchen Stellen wir nacharbeiten müssen.

Ich komme zur Überschrift zurück: Mit diesen Beschlüssen ist natürlich nicht alles gut; viel Arbeit liegt noch vor uns. Sicherlich haben uns die beiden Jubiläen in diesem und im nächsten Jahr geholfen, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Bedanken möchte ich mich bei allen Mitwirkenden aus den Mitgliedsverbänden, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Geschäftsstelle, die durch ihren Einsatz ebenfalls einen großen Anteil an diesem Erfolg haben.

Ich lade Sie alle ein und möchte Sie ermuntern, mit konstruktiven Hinweisen gemeinsam an der Beseitigung der Folgen des SED-Unrechts weiterzuarbeiten. Wir wissen alle, daß die uns belastenden Themen nicht die sind, die in der großen Bevölkerungsmehrheit eine Rolle spielen. Um so wichtiger ist es, daß wir zusammenhalten.

Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski

Preis verliehen

(bsta) Am 13. Juni wurde in Berlin der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis verliehen. Mit dem Hauptpreis 2019 wurde die Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau ausgezeichnet. Aus Anlaß von 30 Jahren Friedlicher Revolution hat die Jury 2019 einmalig drei Sonderpreise vergeben. Diese wurden an die Autorin und Wissenschaftlerin Ines Geipel, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner und die Zeitschrift „Gergasse 18“ verliehen.

Mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Preis zeichnet die Bundesstiftung Aufarbeitung Persönlichkeiten, Projekte und Initiativen aus, die mit ihrer Arbeit das Bewußtsein für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage stärken.

Ermöglicht wurde der Preis durch eine Spende des ehemaligen Fluchthelfers Burkhard Veigel. Der Hauptpreis ist mit 20 000 Euro dotiert, die Träger des Sonderpreises erhielten je 5000 Euro. 

Deutschlandvertrag führte zu Zwangsaussiedlungen

(uokg) Am 26. Mai 1952 wurde in Bonn der Deutschlandvertrag unterzeichnet, mit dem Bundeskanzler Konrad Adenauer den Weg zur deutschen Einheit in Freiheit sichern wollte. Dem war die Stalin-Note vom 10. März 1952 vorausgegangen, deren Ernsthaftigkeit nie geprüft wurde. Nachdem Adenauer seine Unterschrift geleistet hatte, trat der DDR-Ministerrat zusammen und beschloß auf sowjetische Weisung eine Verordnung, die zur Errichtung des 5-km-Sperrgebiets an der innerdeutschen Grenze und damit zu den ersten Zwangsaussiedlungen führte.

Die UOKG und Inge Bennewitz, selbst von Zwangsaussiedlung betroffen, haben eine Petition an den Bundestag gerichtet, die schon am 9. November 2018 an den Ausschußvorsitzenden, Marian Wendt (CDU), übergeben wurde. Darin wird für jeden einzelnen Betroffenen eine angemessene Entschädigung gem. Art. 17

Einigungsvertrag für die „exceptionelle“, individuelle politische Verfolgung gefordert. Die Petition schien auf erfolgreichem Weg zu sein, bis diese Verfolgengruppe aus einem Positionspapier der CDU/CSU gestrichen wurde. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wünscht eine Lösung durch die Neuen Länder und verweist dabei auf Hilfszahlungen, die Zwangsausgesiedelte in Thüringen 1997 in Anlehnung an die Vertriebenenzuwendung bekommen haben. Doch die war als Ausgleich für materielle Verluste gedacht.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG): „Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer bundesgesetzlichen Regelung, die das schwere politische Unrecht vor dem bedeutsamen historischen Hintergrund nach 30 Jahren Einheit endlich angemessen würdigen soll.“ 

Substantielle Verbesserungen gefordert

(st) Im Rahmen des 23. Bundeskongresses der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung am 17. und 18. Mai in Berlin forderten die Veranstalter die Bundesregierung auf, den bisher vorliegenden Entwurf zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zu überarbeiten. Das Bundeskabinett hat den von Bundesjustizministerin Katarina Barley vorgelegten Entwurf in den parlamentarischen Prozeß eingebracht.

Die Veranstalter begrüßten ausdrücklich den Vorschlag, die Gesetze zu entfristen. Auch das Anliegen, die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder zu erleichtern, gehe in die richtige Richtung. Doch die dafür vorgeschlagenen Lösungen seien nicht ausreichend. Um Gerechtigkeitslücken zu schließen, müßten weitere Opfergruppen berücksichtigt werden, z.B. die Verfolgten Schüler. Dringend notwendig seien auch Erleichterungen bei der Anerkennung von gesundheitlichen Schäden, die durch politische Verfolgung in der DDR verursacht wurden. 

Gedenkstätte mutwillig beschädigt

(stsg) Einem erheblichen Schaden sieht sich die Stiftung Sächsische Gedenkstätten nach der mutwilligen Beschädigung ihres Memorials vor dem Torgauer Fort Zinna gegenüber. Unbekannte versuchten Ende April/Anfang Mai, die große Informationstafel über die sowjetischen Speziallager nach 1945 und über die politische Haft in der DDR in Torgau einzuschlagen.

Die Glaswand mit zwei Metern Höhe und sechs Metern Breite muß gänzlich erneuert werden. Sie wurde vor zehn Jahren schon einmal zerschlagen. Der Schaden beläuft sich auf etwa 25 000 Euro. Die Kriminalpolizeiinspektion Leipzig, Außenstelle Torgau, ermittelt, ob es sich möglicherweise um eine politisch motivierte Straftat handelt. 

Höhere Renten für Volkspolizisten

(mdrt) Ehemalige DDR-Volkspolizisten können in Thüringen auf höhere Rente hoffen. Das Landessozialgericht entschied am 16. Mai, daß auch das Pflegegeld, daß die DDR-Volkspolizisten erhielten, als Arbeitsentgelt zählt und deshalb in die Rentenberechnung einfließen muß. Betroffen sind vor allem untere Dienstgrade. Profitieren könnten auch ehemalige Beschäftigte des DDR-Strafvollzugs und der Feuerwehr.

Laut Gewerkschaft der Polizei GdP kämen für die Ex-Volkspolizisten monatliche Beträge zwischen 50 und 75 Euro heraus. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das Verfahren hatte sich, so die GdP, über zwölf Jahre hingezogen. Auch hatten Betroffene mehrere Petitionen an den Thüringer Landtag geschickt.

Die GdP fordert nun vom Land, das Verfahren nicht weiter zu verlängern. Das Bundessozialgericht hatte in dieser Frage erklärt, die Landessozialgerichte seien zuständig. Im Januar hatte das Landessozialgericht Mecklenburg-Vorpommern ähnlich wie das Weimarer Gericht entschieden. 

Entfristung im Anmarsch

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR geht die Bundesregierung davon aus, daß damit zum einen eine Vereinbarung aus dem zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geschlossenen Koalitionsvertrages vom 12.3.2018 umgesetzt und zum anderen auch der Entschließung des Bundesrates vom 2.2.2018 (Drucksache 743/17-Beschluß) entsprochen wird. Inhaltlicher Schwerpunkt sind die Entfristung der drei Rehabilitierungsgesetze und die Verbesserung der momentanen Situation ehemaliger DDR-Heimkinder hinsichtlich der strafrechtlichen Reha und der Schaffung eines Anspruchs auf Entschädigungsleistungen.

Die Reha-Gesetze werden entfristet, das heißt, es können weiterhin Anträge auf strafrechtliche, berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation gestellt oder Ansprüche auf Leistungen nach diesen Gesetzen geltend gemacht werden. Der in dieser Legislaturperiode erneut eingebrachte Gesetzentwurf des Bundesrates, der das Ziel verfolgt, ehemalige DDR-Heimkinder rehabilitierungsfähig zu machen, sofern der angeordnete Heimaufenthalt der politischen Verfolgung/Inhaftierung eines oder beider Elternteile geschuldet war, wurde in dem Gesetzentwurf der Regierung u.a. nicht aufgegriffen, weil der Verfolgungszweck widerlegbar vermutet wird und die widerlegbare Vermutung gegebenenfalls in einem erneuten Verfahren widerlegt worden wäre und zu keinem Anspruch auf neu im Entwurf geregelte Entschädigungsleistungen führen würde.

In dem nunmehr vorgelegten Regierungsentwurf geht es vor allem darum, die strafrechtliche Reha der Heimkinder unter anderem durch Änderungen der Regelungen zur Sachermittlung zu erleichtern. Wenn die Tatsache, daß eine Unterbringung im Heim der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, durch das Gericht nicht festgestellt werden konnte infolge der Lage, in die der Antragsteller durch die Unterbringung geraten ist, oder daß Urkunden verlorengegangen, Zeugen verstorben oder unauffindbar sind, die Vernehmung von Zeugen mit Schwierigkeiten verbunden ist, die in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Aussage stehen, kann das Gericht diese Tatsache unter Würdigung aller Umstände zugunsten des Antragstellers für festgestellt erachten. D.h., das Gericht kann die Rehabilitation nicht mehr ablehnen, nur weil ein Papierchen fehlt. Das Gericht wird gut erklären müssen, warum es nicht rehabilitiert, und das Urteil muß justitiabel sein.

Auch, wenn nicht der volle Beweis gefordert wird, sondern die Glaubhaftmachung genügt, muß die Wahrscheinlichkeit dafür bestehen, daß die Heimunterbringung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat. Bloße Anhaltspunkte reichen hierfür nicht aus, und es darf auch keine überwiegende Wahrscheinlichkeit für das Vorliegen eines anderen Grundes, wie z.B. fürsorgische Erwägungen im Hinblick auf eine tatsächliche Kindeswohlgefährdung, geben.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß durch diese Neuregelung einem Viertel der Heimkinder, deren Anträge anderenfalls höchstwahrscheinlich abgelehnt worden wären, eine strafrechtliche Reha ermöglicht wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf schafft auch einen neuen Anspruch auf Unterstützungsleistungen für Fälle von Freiheitsentziehenden Maßnahmen nicht nur an den Eltern, sondern generell an Personen, in deren Haushalt die Heimkinder nicht nur vorübergehend gelebt, versorgt und erzogen wurden. Voraussetzung für den Erhalt entsprechender Leistung ist, daß das Heimkind in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt ist, es einen Antrag auf Rehabilitation bereits gestellt hat, der rechtskräftig abgelehnt worden ist, und die Person, bei der es gelebt hat, infolge der Freiheitsentziehenden Maßnahme entweder Berechtigter nach § 17 Abs. 1 oder im Besitz einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG ist. Die Unterstützungsleistungen werden unter den o.g. Voraussetzungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge gewährt werden.

In diesem Zusammenhang wird von der Geschäftsstelle der Stiftung darauf hingewiesen, daß aktuell noch keine Aussagen zur Ausgestaltung eventueller Leistungen für die Heimkinder getroffen werden können, deren Erziehungsrechte in politischer Haft waren. Der Stiftungsrat wird erst nach Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Form verbindliche Zugangskriterien und konkrete Leistungen festlegen können.

Leider bewegt sich der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf nach Einschätzung der Opferverbände

Überprüfung verlängert

Die Bundesregierung hat einen Entwurf zur Änderung des Stasiunterlagengesetzes eingebracht, der darauf abzielt, die Möglichkeit der Überprüfung auf Tätigkeit für das MfS von bestimmten Personengruppen bis zum 31.12.2030 zu verlängern.

und anderer einschlägiger Institutionen auf dem untersten Level dessen, was sie hätte tun können, um die Lage der politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR zu verbessern.

Stiftung erhöht Einkommensrichtwerte

Seitens der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge wird mitgeteilt, daß der Stiftungsrat in seiner konstituierenden Sitzung am 30. April in Chemnitz eine Erhöhung der Einkommensrichtwerte für Unterstützungsleistungen nach § 18 StRehaG beschlossen hat. Mit Blick auf die im Sommer in Kraft tretenden Rentenanpassungen sowie die bereits seit Jahresbeginn geltende 2. Stufe der sogenannten Mütterrente konnte sich mit den zuständigen Bundesministerien auf eine Anhebung der maßgeblichen Grenzen um rund fünf Prozent verständigt werden, wodurch die weitaus meisten der bisher schon Leistungsberechtigten auch künftig Unterstützungen erhalten, bzw. jüngere Berechtigte hinzukommen können. Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit gelten ab 1.7.2019 folgende Richtwerte: Alleinstehende 1160 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 1580 Euro, für jede weitere Person im Haushalt 525 Euro.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Das Peking Massaker

Es war vor jetzt 30 Jahren, als in China Zehntausende für die Demokratisierung des autokratischen Regimes protestierten. Am 18. Mai 1989 kamen sogar eine Million Menschen auf den Tiananmen-Platz, viele traten in Hungerstreik. Um den Ruf nach Freiheit zu ersticken, tauchten in der Nacht zum 4. Juni dann auf diesem „Platz des Himmlischen Friedens“ Panzer auf. Unvergesslich ist das Bild, auf dem ein junger Chinese in seinem weißen Oberhemd sie vergeblich zu stoppen versuchte. Das folgende Gemetzel in rund 30 Städten forderte 600 bis 800 Opfer (internationale Menschenrechtsorganisationen schätzen bis zu 3000 Tote) und rund 40 000 Verwundete.

Die wahren Zahlen werden von Peking bis jetzt geheim gehalten, wie es ohnehin versucht, jenen Tag vergessen zu machen. In heutigen Artikeln der „Volkszeitung“ wird das Datum dieser Mordnacht völlig verschwiegen, statt dessen schreiben sie harmlos vom „Übergang auf den Sommer“, und aus dem einst so titulierten „konterrevolutionären Aufbruch“ sind inzwischen bloße „politische Wirren“ geworden.

Allerdings hat vor Wochen Jiang Yan-yong, einst berühmter Chefchirurg am Peking Militärlazarett und damaliger Zeitzeuge, einen sechsseitigen Brief an den chinesischen Partei- und Staatschef Xi Jinping geschrieben, in dem er das Massaker nicht nur als den „schlimmsten Fehler“ der Staatsführung bezeichnet, sondern als ihr „schlimmstes Verbrechen überhaupt“. Er verlangt die Rehabilitierung der Opfer und eine Neubewertung des damaligen Geschehens. Eine Antwort erhielt er in der Form, daß er jetzt nicht mehr ins Ausland zu seiner Tochter in den USA und seinen Verwandten auf Taiwan reisen darf.

Um so mehr gedachten jetzt Hunderttausende in Hongkong des Massakers vor 30 Jahren, fürchten sie doch den Druck der Peking Führung auf ihre ohnehin eingeschränkte Demokratie. Die Geschichte wird zeigen, ob die Flamme der Freiheit zuerst in der einstigen britischen Kronkolonie erlöschen oder in China wieder auflodern wird.

Shi Fu Wei, Hongkong

Gewalt und Festnahmen in Kuba

(igfm) Durch gewaltsame Übergriffe der Polizei auf die rund 300 Teilnehmer einer Demonstration für sexuelle Minderheiten wurden am Abend des 11. Mai in Havanna mehrere Demonstranten verletzt. Mindestens sieben Teilnehmer wurden verhaftet. Bisher hatten nur Proteste der „Damen in Weiß“ oder der Bürgerrechtsbewegung UNPACU zu großen Polizeieinsätzen geführt, erklärte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Nach Auffassung der IGFM, die auf Kuba durch eine Sektion vertreten ist, fürchtet sich das kubanische Regime sogar vor einer verhältnismäßig kleinen Demonstration für die Rechte von sexuellen Minderheiten. Bereits im Vorfeld ließ die Regierung verlauten, daß die Demonstration von „konterrevolutionären Feinden“ aus Miami organisiert sei, die versuchen, das Thema LGBT-Rechte als Waffe gegen den kubanischen Staat zu instrumentalisieren. Die Gegend des Paseo del Prado und

um den Parque Central wimmelte nur so von Polizei und Staatssicherheit in Zivil, die „Friedhofsruhe herstellen sollten“, so die IGFM.

Ziel der Demonstranten war es, gegen die Absage der staatlich gelenkten Demonstration für LGBT-Rechte zu protestieren. Sie riefen „gleiche Rechte für alle“ und „wir schaffen es trotzdem zu demonstrieren“ in Anspielung auf die Absage der offiziellen staatlich gelenkten Kundgebung.

Obwohl die Demonstrationsteilnehmer sich absolut friedlich verhielten, wurden sie nach wenigen 100 Metern gewaltsam gestoppt. Die kubanische Polizei verhaftete mehrere Teilnehmer, darunter die Bürgerrechtler Boris Gonzalez Arenas und Ariel Ruiz Urquiola, sowie LGBT-Aktivistinnen wie Oscar Casanella, Yasmany Sanchez, Yennia Risco und die Journalistin Iliana Hernandez. Oscar Casanella wurde von Polizisten verletzt, als er verhaftet wurde.

Pastor in vietnamesischem Straflager

(igfm) Als „Gefangenen des Monats Juni 2019“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den vietnamesischen Pastor Nguyen Trung Ton benannt. Sie rufen dazu auf, für ihn einzutreten. Der evangelische Christ setzt sich seit Jahren unter persönlichen Opfern für umfassende Religionsfreiheit in seinem Heimatland ein. Seit dem 30. Juli 2017 sitzt er zum zweiten Mal hinter Gittern.

Bereits im Jahr 2011 war er zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher „Propaganda gegen den Staat“ verurteilt worden. Während dieser Haftzeit, im März 2011, war er erstmals „Gefangener des Monats“. Nach seiner Haftentlassung drohten ihm Sicherheitskräfte. Davon blieb er offenbar unbeeindruckt, denn er blieb beharrlich bei seinem Einsatz für die Menschenrechte.

Im April vorigen Jahres kam es zu einer erneuten Verurteilung, diesmal zu zwölf Jahren Haft. Das Urteil wurde bereits im Juni darauf durch eine höhere Gerichtsstanz bestätigt, daher ist weitere Hilfe für diesen mutigen Christen nötig.

„Umstürzlerische Aktivitäten“ lautet der aktuelle Vorwurf, der aus seinem Einsatz für Religionsfreiheit resultiert. Die Ermittlungsbehörden verweigerten Nguyen Trung Ton die Verteidigung durch einen Anwalt. Erst ein halbes Jahr nach der Inhaftierung durfte er seine Familie sehen. Inzwischen befindet er sich in einem Straflager, wo ihm trotz ernsthafter gesundheitlicher Probleme medizinische Versorgung vorenthalten wird. (Appellvorschlag auf www.igfm.de)

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Der illegale Widerstand

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Teil II

Die demokratischen, zunehmend in der DDR mundtot gemachten Parteien nahmen von West-Berlin aus ihren Kampf gegen die SED-Diktatur auf und hielten heimlich Kontakt zu ihren Anhängern. Hoffte man doch bei baldiger Wiedervereinigung auf eine sofort wieder tätige Parteiorganisation zugreifen zu können.

Das SPD-Ostbüro

Auf Initiative von Kurt Schumacher in Hannover entstand 1946 eine „Kampforganisation für die unterdrückte Sozialdemokratie in der Sowjetzone“. Die Kuriere für

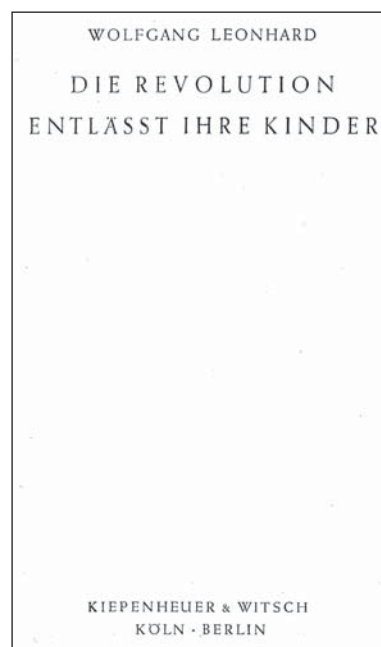
Verbindungsaufnahme zu Gleichgesinnten „drüben“ erlitten indes schwere Verluste durch Verhaftungen des KGB und auch eigenen Leichtsinn. Geleitet wurde das dann nach West-Berlin verlegte Ostbüro anfangs von Siegmund Neumann, dann lange Jahre von „Stephan Thomas“ (alias Grzeskowiak) und zuletzt von „Helmut Bärwald“ (alias Helmut Fränzel). Es hatte lange gute Verbindungen bis in recht hohe Positionen im SED-Apparat.

Bald ging man zum illegalen Versand von Flugschriften durch die DDR-Post über. Das war einmal der „Kleine Telegraph“, benannt nach der SPD-Zeitung „Telegraf“ in West-Berlin, der nunmehr in Doppelbriefgröße für DDR-Bewohner erschien. Die Flugblatt-Zeitung „Sozialdemokrat“ wurde viele Jahre zweimonatlich in jeweils 600 000 Exemplaren in den Osten geschleust. Großen Erfolg hatten die auf ihrer Titelseite täuschend ähnlich nachgedruckten DDR-Zeitungen, die inhaltlich das SED-Regime anprangerten und Nachrichten aus dem Westen veröffentlichten; ihre Monatsauflage belief sich auf ca. 10 000.

Am gefährlichsten für die Staatspartei war die angebliche theoretische Schrift „SED-Opposition“: Auf schlechtem DDR-Papier gedruckt, erweckte sie den Eindruck, illegal in der DDR hergestellt worden zu sein. Die Autoren gaben sich als „linientreue“ Genossen aus, die ihre Leser als „teure Genossen“ ansprachen und ihre Kritik am SED-Sozialismus als „Verbesserungsvorschläge“ tarnten.

Großen Erfolg hatte ebenfalls die Broschüre mit dem tarnenden Deckblatt „3. Parteikonferenz der SED“, die sich in ihrem Inhalt als das bekannte Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ von Wolfgang Leonhard entpuppte.

Bereits 1950 verbrachte das Ostbüro 670 000 Flugblätter und Klebezettel in die DDR. Nach Unterlagen der Staatssicherheit beschlagnahmte sie 1957 rund 1,56 Millionen Schriften, die per Ballons über die Zonengrenze kamen. Um der kommunistischen Beeinflussung der Jugend entgegenzuwirken, veröffentlichte man auch die ebenfalls gefälschte



Inhalt der Tarnbroschüre des SPD-Ostbüros.

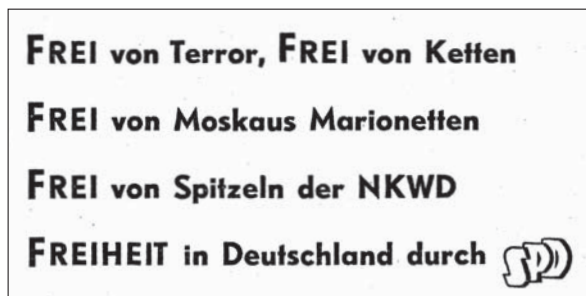
FDJ-Zeitung „Junge Welt“, deren bis zu 60 000 Exemplare überaus beliebt waren.

Im Oktober 1967 untersagte der Parteivorstand in Bonn alle Balloneinsätze, sie würden „nicht mehr in die politische Landschaft passen“. Wahrer Grund war die neue Ostpolitik der SPD/F.D.P., hatte Ost-Berlin doch stets die Schließung des Ostbüros gefordert. 1971 wurde es dann von der eigenen Partei aufgelöst – seine Mahnungen waren zu lästig geworden...

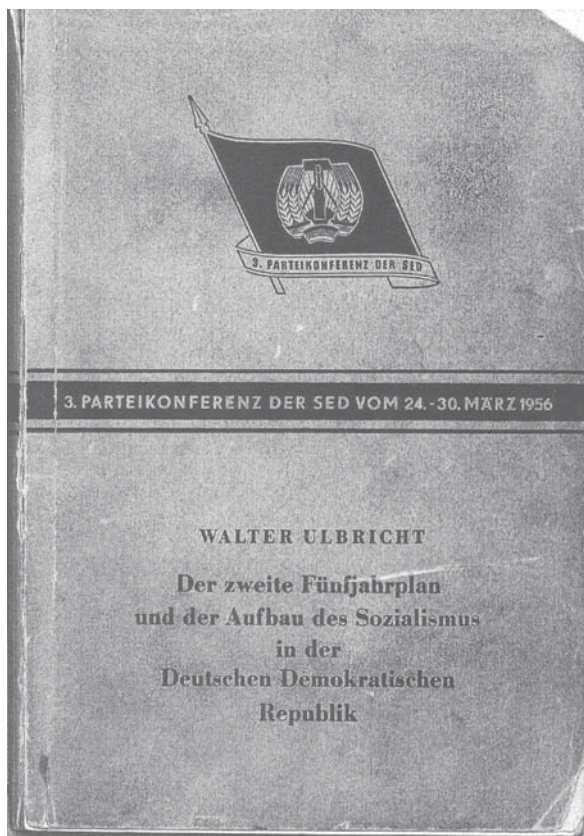
Das CDU-Ostbüro

Nach dem Sturz ihrer Parteivorsitzenden fühlten sich die meisten Ortsgruppen der Ostzonen-CDU weiterhin mit ihnen verbunden. Sehr bald entstand das CDU-Ostbüro unter Führung von Fred Sagner, dann Werner Jöhren und nach dessen Tod Alfred Krause. Ziel war es, in der DDR bis zur Wiedervereinigung einen breiten Stamm von treuen Mitgliedern zu erhalten, damit dann auch in der DDR „die wahre Union in einem freien, einigen Deutschland wiederentstehen wird“. Sie zu bekämpfen, fiel nach einem MfS-Vermerk von 1959 schwer, weil sie „aus Haß [gegen das SED-System] und christlichem Glauben ihre verbrecherische Tätigkeit ausführen“. Verbindungen gab es bis zur Parteispitze.

Ab 1951 erschien eine Klein-Ausgabe der West-Berliner CDU-Zeitung „Der Tag“, die auf acht Seiten Nachrichten aus Ost und West sowie Kommentare veröffentlichte. Ein Zusatz empfahl, sie bei Vorgesetzten oder der Volkspolizei abzugeben, ein ver-



Flugblatt des SPD-Ostbüros.



Tarnbroschüre des SPD-Ostbüros.

**DER
TAG****Wochenausgabe**

Berlin

Ausgabe 1976

29. Jahrgang

Unmenschliche Haftbedingungen in DDR-Zuchthäusern

„Niemand kennt die Regierung eines Landes, der nicht in ihren Zuchthäusern gelebt hat“, klagte einst Tolstoj. Berichte unlängst entlassener Strafgefangener aus dem Zuchthaus Brandenburg verdeutlichen den Charakter des SED-Regimes, 26 Jahre nach der Gründung des deutschen Teilstaates und fast 15 Jahre nach dem Mauerbau.

In Brandenburg, der Strafanstalt mit den meisten langjährig Verurteilten, sind die Zellen mit politischen Häftlingen überfüllt. Das Zuchthaus kann circa 3500 Gefangene aufnehmen. Es ist gegenwärtig mit über 4000 Häftlingen besetzt. Der Anteil politischer Gefangener stieg in Brandenburg und in den anderen Haftanstalten der DDR von etwa 35 Prozent vor dem Bau der Mauer auf zeitweise 65 Prozent in den Jahren danach.

Um wegen staatsgefährdender Hetze und Republikflucht verurteilt zu werden, genügt es schon, daß einer den ihm zugewiesenen Wohnsitz nicht einhält, die vorgesehene polizeiliche Anmeldung innerhalb von 24 Stunden unterläßt oder im Lokal am Stammtisch erklärt, man könne in diesem Staat nicht mehr atmen und werde abhauen.

Mit Spitzeln und Postzensur gegen die Fluchtwege

Das Ministerium für Staatssicherheit zog zur Unterstützung seines bereits engmaschigen Spitzelnetzes eine Bewegung für Ordnung und Sicherheit in den Wohnbezirken auf. Eine verschärfte Post- und Telefonzensur lieferte der Justiz weitere Opfer. Mit Massenverhaftungen in allen Krei-

sen der Bevölkerung versucht das Regime noch heute, die Fluchtwelle einzudämmen.

Der Leiter der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“, Rainer Hildebrandt, sagte: „Das Tauwetter vor und unmittelbar nach Abschluß des Grundvertrages hat nur einen innerdeutschen Schein-Frühling angekündigt. Um nicht in den Ruch der Inhumanität zu geraten, hatte

der damals bei seinem UN-Einzug um internationales Ansehen besorgte SED-Staat die Gefängnisse bis auf etwa 1000 politische Häftlinge geleert. Schon im Frühjahr 1974 haben sich erneut fast 6000 Gegner des Regimes in den Zellen wiedergefunden.“

Ungeachtet der Tatsache, fügte Hildebrandt hinzu, daß jährlich tausend bis zwölfhundert politische Häftlinge von der Bundesregierung freigekauft werden, bewegen sich die durchschnittliche Belegungszahl der Strafanstalten bei etwa 8000 politischen Gefangenen. (Fortsetzung S. 3)

DDR-Bewohner protestieren gegen Ausreiseverbote

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Wessel, hat die Bundesregierung bereits im September vergangenen Jahres darüber informiert, daß sich nach den KSZE-Vereinbarungen von Helsinki bei der DDR-Bevölkerung offene Proteste gegen Ausreisebeschränkungen und andere Menschenrechtsverletzungen abzeichnen. In dem jetzt bekanntgewordenen Bericht des BND-Chefs wird besonders auf die Entschlossenheit der DDR-Bewohner verwiesen, dabei persönliche Risiken hinsichtlich etwaiger Repressionen des Regimes in Kauf zu nehmen.

Wessel berichtete der Bundesre-

gierung über massive Drohungen von DDR-Bürgern gegenüber amtlichen Stellen. Unter Hinweis auf zuverlässige Informationen über eine Sitzung des Zentralkomitees der SED teilte er wörtlich mit: „In diesem Zusammenhang wurde dem ZK auch berichtet, daß die Zahl der Anträge auf Besuchsreisen und Übersiedlung steigt; wobei die Antragsteller sich zum Teil auch auf die KSZE-Schlußakte stützen und selbst vor Drohungen — unter anderem Hilfersuchen an die Vereinten Nationen, an Bundestagsabgeordnete und an westdeutsche Publikationsorgane — nicht zurückschrecken.“

die DDR-Liberaldemokraten einen „Ost-Informationsdienst“ herausgab. Daneben existierten die „Jedermann-Briefe“ mit einer Auflage von jeweils 150 000, welche ebenfalls per DDR-Post eingeschleust wurden. Während des Sommers 1952 warf das Ostbüro mit Ballons rund 17 000 Flugblätter über der DDR ab und in den ersten neun Monaten des folgenden Jahres mit 15 763 Ballons weitere 857 147 Flugschriften. Außerdem wurden ca. 425 000 Broschüren sowie eine nachgeahmte Ausgabe der DDR-Zeitschrift „Die Wirtschaft“ an DDR-Besucher in West-Berlin verteilt. Zur Herbstmesse 1953 in Leipzig verbreitete man rund 30 000 Flugzettel, etwa ein Drittel durch Flugblatt-Raketen.

Nach der Entführung eines wichtigen Mitglieds des Ostbüros durch das MfS wurden 68 Vertrauensleute in der DDR verhaftet. Durch eingeschleuste Stasi-Agenten wurde die Tätigkeit des Ostbüros so diskreditiert, daß es bereits 1956 seine konspirativen Aktionen einstellte.

Erschwerend kam hinzu, daß die F.D.P.-Parteispitze diese Widerstandsarbeit „nicht für sinnvoll“ erachtete und auf deren Einstellung drängte. Tatsächlicher Grund war, daß diese offiziell Kontakte



Illegale Zeitung des CDU-Ostbüros.

steckter Hinweis an den Empfänger, bei Kontrollen zu behaupten, die „Hetzschrift“ gerade abliefern zu wollen. Um Rückschlüsse der Staatssicherheit zu vermeiden, wurde sie auch Personen, die nicht Mitglied der CDU waren, zugeschickt.

Die bald erhöhte Monatsauflage von 20 000 verteilte man in West-Berlin an DDR-Reisende, versandte sie als angebliche Privatbriefe per DDR-Post, oder CDU-Getreue schmuggelten sie in die DDR ein. Ein Teil wurde mit großen Luftballons in die entferntesten Gebiete gebracht. Von Januar bis Mai 1961 setzte das Ostbüro, MfS-Unterlagen zufolge, 22 940 solcher Ballons ein, die Postzensur konnte 79 970 Schriften beschlagnahmen. „Der Tag“ hatte zu dieser Zeit eine Auflage von 80 000. Wegen Verbindung zum CDU-Ostbüro wurden damals 146 DDR-Bewohner zu teilweise hohen Zuchthausstrafen verurteilt, in drei Fällen erging sogar die Todesstrafe.

Nach dem Bau der Berliner Mauer erfolgte die postalische Einschleusung

durch ein Verteilernetz in Westdeutschland. Fielen der Zensur 1963 noch 654 230 Sendungen in die Hände, war es vier Jahre später lediglich die Hälfte. Man setzte Vertraute ein, die besonders häufig zu Vorträgen oder Kongressen reisten und die bei jedem größeren Bahnhof einen kurzen Stop-over machten. Sie warfen für jeden DDR-Bezirk gleichzeitig höchstens fünf Briefe ein, die zudem mit Handschrift, Schreibmaschinen-Typen und verschiedener Frankatur völlig unterschiedlich waren, so daß die Verluste durch die Postzensur gewiß recht gering blieben.

Im Zuge der späteren Entspannungspolitik hatte dann auch das CDU-Ostbüro seine Widerstandsaktionen gegen die zweite deutsche Diktatur einzustellen.

Das Ost-Büro der Liberalen

Die F.D.P. baute 1948 ihr Ostbüro als „Hilfsdienst Ost“ auf. Die Ausweichstelle in West-Berlin wurde von Herbert Geißler und Rudolf Jacobi geleitet, die für

Lies dieses Buch von A bis Z — und dann mach erst Deinen Plan!

Du bist kein Kanonenfutter für Stalins Bürgerkrieg!

Du bist kein williger Arbeitssklave!

Der Bürgerkrieg findet nicht statt, wenn Deutsche nicht auf Deutsche schießen.

Für Stalins Bruderkriegsabsichten läßt sich kein Deutscher verheizen. Dafür gibst Du auch Deine Gesundheit nicht her. Deine Gesundheit, Deine gesunde Arbeitskraft, Deine Fäuste, Dein Herz, Dein Hirn opferst Du nicht bolschewistischen Machtgelisten.

Deshalb schone Deine Gesundheit, Dein kostbares Gut. Du bist nicht willenlos dem System ausgeliefert, wenn Du Deine Chance erkennst.

Du hast Chancen, selbst bei der Musterung zur sogenannten Nationalarmee, selbst bei der Musterung zum neuen Arbeitsdienst, genannt „Dienst für Deutschland“, selbst bei der Arbeitstauglichkeitsuntersuchung für die Fronarbeit in Aue.

Das erste Gebot für Dich: Drücke Dich, solange Du kannst

Denke daran, es geht um Deine Gesundheit, die Dir keiner wiedergeben kann. Hinterher nützen Dir weder Rente noch Orden.

Wenn Du auf Schulungsabenden, im Betrieb, in den Massenorganisationen oder sonstwo für einen Eintritt in die Volkspolizei, in den „Dienst für Deutschland“, für eine Verpflichtung nach Aue

zur DDR-LDP aufgenommen hatte. In völliger Verkenntnis der Situation glaubte der FDP-Parteivorsitzende Thomas Dehler, durch seine Gespräche mit der LDP-Führung diese aus dem DDR-System herausbrechen und für seine westdeutschen Freien Demokraten gewinnen zu können.

Das DGB-Ostbüro

Unter Leitung von Gerhard Haas verbreitete es „Die kleine Tribüne“ auf Extra-Dünndruckpapier, deren Titel dem offiziellen Organ der DDR-Gewerkschaft nachgeahmt war. Sie vermittelte ihren Lesern Hinweise auf ihre Rechte gegen die Ausbeutung in Form von „freiwilligen“ Überstunden, Aktivisten-Kampagnen und ständigen Norm-Erhöhen. Ihr Widerstandssymbol war die Schnecke, die überall in den Betrieben gemalt werden sollte als Devise: „Arbeite langsam!“

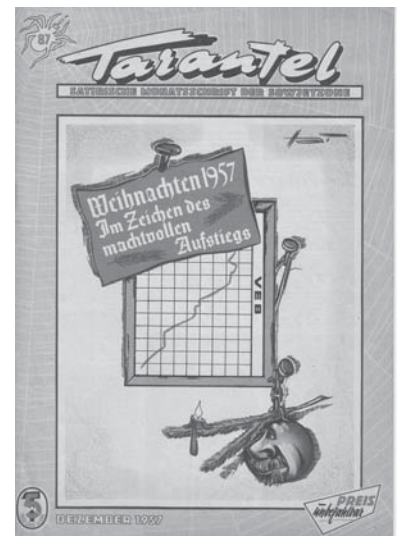
Sehr erfolgreich war der Nachdruck der äußeren Seiten von „Sozialversicherung – Versicherungs-Ausweis“ der DDR. Die Broschüre innen appellierte an die Arbeiter: „Denke daran, es geht um Deine Gesundheit, die Dir keiner wiedergeben kann. Hinterher nützen Dir weder Rente noch Orden“, und veröffentlichte viele Tips, wie man nicht-nachprüfbare Krankheiten und gesundheitliche Leiden vortäuschen kann, um den Dienst in den DDR-Streitkräften oder im Uran-Bergbau zu vermeiden. Der Inhalt war einer ebenfalls für die deutschen Arbeiter im Zweiten Weltkrieg getarnten Schrift der britischen Propaganda entnommen.

Unbekannte Widerstandsgruppen

Die folgende Aufzählung ist keinesfalls vollständig. An erster Stelle wäre die antikomunistische Satirezeitschrift „Tarantel“ unter ihrem Chefredakteur „Heinrich Bär“ (tatsächlicher Name: Heinz Willi Wenzel) mit ihrer Monatsauflage bis zu 270 000 zu nennen. Nach dem Bau der Berliner Mauer wurde sie eingestellt, ihre Satire fand bei der resignierten DDR-Bevölkerung kein Echo mehr. Nicht übersehen werden darf auch die Flugschrift „Der freie Student“ vom Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen unter Carl-Heinz Evers und Dietrich Spangenberg.

Die Zahl der Menschen, die in heimlichem Kontakt zu freiheitlichen Stellen in West-Berlin standen und in der DDR Widerstand leisteten, dürfte schätzungsweise wohl bei insgesamt 18 000 liegen. Die Leiter der KGU und des UfJ gaben dem Autor je 7000 illegale Mitarbeiter an. Als Zahl der Verbindungsleute des SPD-Ostbüros werden 2000 genannt. Die Ostbüros der CDU und der Liberalen dürften zusammen vielleicht 1500 Helfer in der DDR gehabt haben. Wohl die meisten dieser Menschen wurden von der Staatssicherheit verhaftet. Schon altersbedingt werden fast alle von ihnen das Ende der DDR nicht mehr erlebt haben.

Wie viele in der DDR selbständige kleine Gruppen gegen das SED-System aktiv waren, wird wohl für immer ein Geheimnis bleiben. Am bekanntesten ist der Belter-Kreis an der Universität Leipzig, die Gruppe um Peter Lapp sowie die vielen

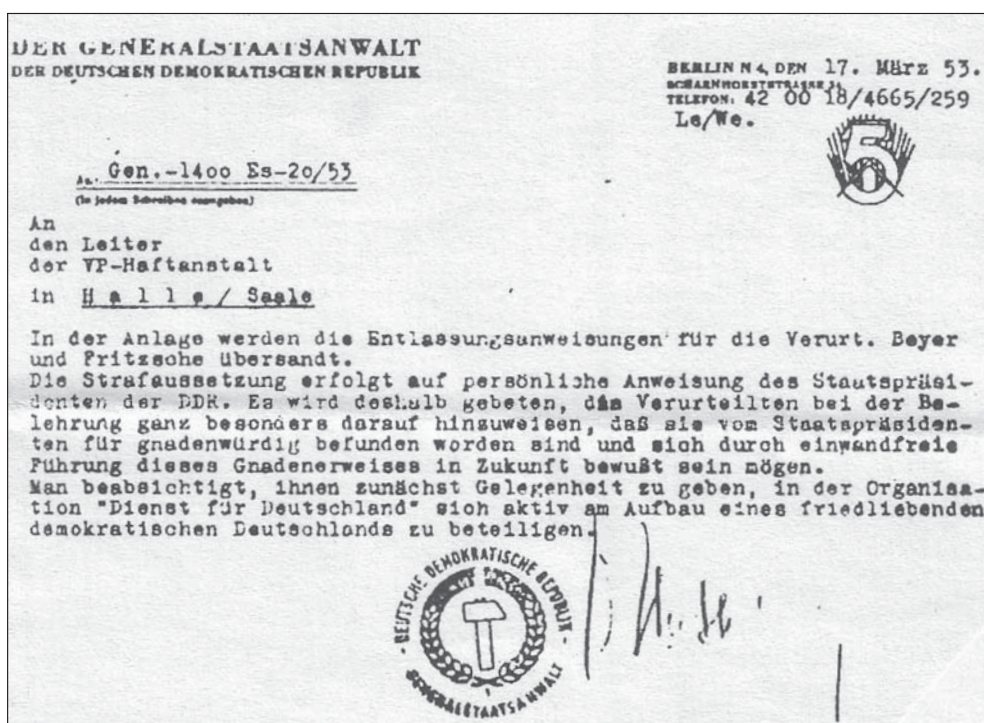


Die Satirezeitschrift „Tarantel“.

Oberschüler, besonders in Werdau und Potsdam-Havelland. Ebenso gab es überall viele Einzelkämpfer, wie etwa den Drucker, der in ein Schulbuch mit der Abbildung eines Schweins die Buchstaben „SED“ einritzte. Nicht zu vergessen auch der Rechtsreferendar Horst Lindemann, der auf einem echten Kopfbogen des DDR-Generalstaatsanwalts die Anweisung fälschte, zwei politische Häftlinge der Haftanstalt Halle sofort freizulassen!

Es klingt aus heutiger Sicht fast unglaublich, wie viele Männer und Frauen damals in ihrer Sehnsucht nach Freiheit und Wiedervereinigung die SED-Diktatur bekämpften. Sie wußten, was sie taten und welches Schicksal vielleicht auf sie wartete – sie folgten ihrem Gewissen. Bundestagspräsident Schäuble erklärte letztes Jahr: Wir ehren den Mut derjenigen, die Widerstand leisteten. Doch gemeint ist bei all diesen Feierlichkeiten lediglich die NS-Zeit, nicht indes die Jahre nach 1945. Jedes Volk der Erde würde jene Patrioten ehren, die voller Idealismus ihr Leben einsetzten, doch in Deutschland werden sie faktisch totgeschwiegen. Ein recht stolzer Teil des Lebens in der DDR bleibt ungeschrieben zurück – eine Verzerrung und damit letztlich Verfälschung der DDR-Geschichte!

Das gilt selbst für die demokratischen Parteien, die sich ihrer Ostbüros und der Opfer dieses Widerstandes nicht mehr erinnern und damit Verrat an ihren eigenen Parteimitgliedern üben. All diese tapferen Menschen des illegalen Widerstandes in der DDR haben bis heute nicht einmal ein – sogar kostenloses – „Danke“ erhalten. Ein Armutszeugnis für die politische Moral in diesem Land. Recht offen und zutreffend schrieb unlängst eine Schweizer Zeitung dazu: „Es ist eine Schande für Deutschland.“



Die Aktion von Horst Lindemann.

Quellen: Archiv Schlomann

Offener Brief

zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution am 9. Oktober

An das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Geschäftsstelle „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Berlin und Leipzig, 29.05.2019

Sehr geehrter Matthias Platzeck, sehr geehrte Mitglieder der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“,

wir begrüßen die Einsetzung der Kommission zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Jubiläumskonzepts für den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution. Es freut uns besonders, daß die Bundesregierung den Begriff der „Friedlichen Revolution“ aufgreift und weiter etabliert. Um so wichtiger ist es uns, die Mitglieder der Kommission zu ersuchen, den Beginn der Feierlichkeiten nicht auf den 9. November, wie bisher geplant, sondern auf den 9. Oktober zu datieren. Dieser gilt gemeinhin als Jahrestag der Friedlichen Revolution.

Damals gingen am 9. Oktober 1989 70 000 bis 100 000 Menschen aus vielen Städten der ehemaligen DDR in Leipzig auf die Straße. Es war der Tag der Entscheidung. Er steht symbolisch für die Kraft und Stärke der Frauen und Männer in Ostdeutschland. Sie haben an diesem Tag ihre Angst überwunden, sind zu Tausenden auf die Straßen gegangen und

haben sich selbst befreit. Ohne den 9. Oktober 1989 hätte es den 9. November 1989 nicht gegeben und nicht den 3. Oktober 1990.

Wir sind überzeugt, daß es von großer Bedeutung ist, den mutigen und friedlichen Protest der Ostdeutschen sichtbar zu machen und den 9. Oktober als Jahrestag der Friedlichen Revolution im kollektiven gesamtdeutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern. Dazu gehört auch, Opfern und Bürgerrechtler*innen aus der ehemaligen DDR eine Stimme zu geben in der Konzeption der Jubiläen. Wir appellieren an Sie, noch ostdeutsche Bürgerrechtler*innen und Vertreter*innen von Opfern der SED-Diktatur in die Kommission zu berufen.

„Für ein offenes Land mit freien Menschen“, so forderte es eines der ersten Transparente im Leipziger Herbst 89. Da gibt es gemeinsam noch eine Menge zu tun. Der Einsatz für eine offene und demokratische Gesellschaft, in der sich Menschen in ihrer Vielfalt mit Respekt und Toleranz begegnen, in der ein freier Diskurs möglich ist, ohne beleidigt, beschimpft oder gar bedroht zu werden, verlangt auch heute Mut und Courage – überall in Deutschland.

Wenn Sie, sehr geehrte Kommissionsmitglieder, den 9. Oktober in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten rücken, fördern Sie damit auch die lebendige Demokra-

tie in den ostdeutschen Bundesländern. Denn mit der Anerkennung dessen, was ostdeutsche Frauen und Männer in der Friedlichen Revolution und im anschließenden Transformationsprozeß bis heute leisten und einbringen, wird die Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands weiter gestärkt.

Sie könnten das zum Anlaß nehmen, um im Jubiläumszeitraum bis zum 3. Oktober 2020 ostdeutsche Initiativen auszuzeichnen, die heute demokratische und wirtschaftliche Entwicklungen in Ostdeutschland aktiv voran bringen. Damit werden die Ziele der Friedlichen Revolution nicht nur in Jubiläumsfeiern erinnert, sondern in Bezug zur gesellschaftlichen Entwicklung heute gesetzt. Damit stärkt das Erinnern an die Friedliche Revolution auch heute die Demokratie in unserem Land.

Wir sehen Ihrer Antwort gespannt entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Kathrin Mahler Walther
(Geschäftsführerin der EAF Berlin,
Bürgerrechtlerin)
Uwe Schwabe (Vorstandsvorsitzender
Archiv der Bürgerbewegung Leipzig,
Bürgerrechtler)

Den Brief haben 55 weitere Personen unterzeichnet. 

Festkomitee ohne SED-Opfer

(uokg) Die Bundesregierung hat eine Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ins Leben gerufen. Die Bundesregierung betont dabei, daß sie die 30. Jahrestage der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit als ein für ganz Deutschland einendes Jubiläum begehen will, das auch ein Bewußtsein dafür schafft, daß die deutsche Einheit ein Prozeß ist, der noch nicht abgeschlossen ist. Vorsitzender der Kommission ist der Ministerpräsident a.D. Matthias Platzeck, der sich als Volkskammerabgeordneter bewußt der Abstimmung über die deutsche Einheit entzog. In der 22köpfigen Kommission finden sich viele Bundestagsabgeordnete, zwei Mini-

sterpräsidenten und bekannte Namen wie Jan Josef Liefers – Opfer des SED-Unrechts sucht man jedoch vergebens.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG): „Ich muß mit Bedauern feststellen, daß die von der Bundesregierung eingesetzte 22köpfige Kommission vollständig ohne ehemalige SED-Opfer auskommt. Es wäre nicht unbedingt nötig gewesen, Vertreter der SED-Opferverbände einzubinden, aber es wäre auf jeden Fall sinnvoll gewesen, ein oder zwei Vertreter zu benennen, die selbst Opfer der SED-Verbrechen geworden sind. Zum Beispiel hätte die

Mutter von Chris Gueffroy, dem letzten Erschossenen an der Berliner Mauer, oder Jutta Fleck, ehemals Gallus, die Frau vom Checkpoint Charlie, der Kommission gut getan, um auch Sensibilität gegenüber Hunderttausenden SED-Opfern zu ermöglichen. Daß die Bundesregierung sich auf Herrn Matthias Platzeck als Vorsitzenden verständigt hat, ist aus Sicht der UOKG Programm. Matthias Platzeck hat als Volkskammerabgeordneter bewußt nicht für die deutsche Einheit gestimmt, und für ihn ist die Wiedervereinigung, die er als ‚Anschluß‘ bezeichnet, vor allem mit einer ‚gnadenlosen Deindustrialisierung‘ der ehemaligen DDR verbunden. Die SED-Opfer hätten sich aber gerade von ihm zu seiner Zeit als Ministerpräsident gewünscht, sich auch für die Belange der SED-Opfer einzusetzen. [...]“ 

Die Vergessenen – Leipziger Fluchtopfer 1989

Am 6. Juli 2019 jährt sich zum dreißigsten Mal der Todestag von Michael Weber, einem Neunzehnjährigen aus Leipzig-

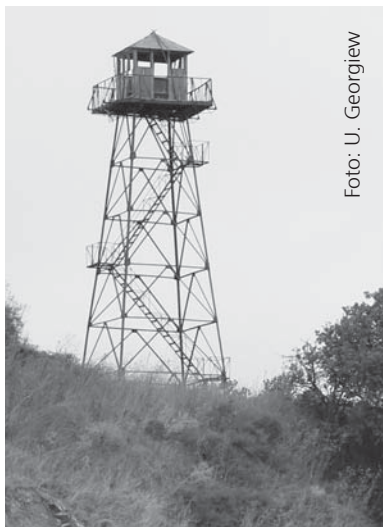


Foto: U. Georgiew

Grenzturm in Bulgarien.

Mölkau, der bei einem Fluchtversuch von Bulgarien nach Griechenland im Pirin-Gebirge aus einer Distanz von 2 Metern erschossen wurde. Er starb wenige Wochen, nachdem ungarische Grenzsoldaten bereits begonnen, die ersten Grenzanlagen des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze abzubauen, und vier Monate, bevor die Friedliche Revolution in der DDR die Mauer in Berlin zum Einsturz brachte. Michael Weber war das letzte DDR-Opfer des Eisernen Vorhangs.

Am 10. Juli 1989 informierte die Bulgarische Botschaft den Rat des Kreises Leipzig, Abteilung Inneres, über den Zwischen-

fall an der Grenze mit tödlichem Ausgang für Michael Weber. Von dort wurden wiederum die Eltern informiert. Diese wollten den Leichnam ihres Sohnes in Bulgarien noch einmal sehen. In einer Notiz der Deutschen Botschaft in Sofia vom 18. Juli 89 begrüßte der in Bulgarien zuständige Militärstaatsanwalt den Wunsch der Eltern. Jedoch hatte die Hauptabteilung für konsularische Angelegenheiten im Ministerium für Äußere Angelegenheiten der DDR die Anweisung gegeben, eine Besichtigung des Leichnams von Michael Weber durch die Eltern strikt zu verhindern. Sie sollten lediglich Auskunft über die Bezeichnung der Straftat ihres Sohnes erhalten. Die Mitarbeiter der Botschaft der DDR suchten das Gespräch mit dem Leiter der Pathologie des Militärkrankenhauses. Dieser teilte den Eltern dann mit, daß eine Besichtigung des Leichnams ihres Sohnes wegen unzureichender Balamisierungsmöglichkeiten nicht möglich sei. Die Abteilung Inneres des Rates des Kreises Leipzig gab die Zustimmung zur Einäscherung der Leiche. Die Eltern haben von den sterblichen Überresten ihres Sohnes im Krematorium in Sofia Abschied genommen. Am 17. Juli 1989 wurde die Urne in die DDR überführt.

Um spätere Beschuldigungen der Eltern gegenüber den bulgarischen Stellen zu verhindern, änderte die DDR-Botschaft in Bulgarien eigenmächtig die Todesursache auf der Sterbeurkunde von Michael Weber. In der Sterbeurkunde der Militärischen Akademie war als Todesursache angegeben, daß er in Folge von Verletzungen durch Schüsse verstarb. In der übersetzten Fassung der DDR-Botschaft wurde Ableben durch innere Verletzungen dokumentiert.

Die Mutter von Michael Weber versuchte ein Verfahren gegen den Todesschützen ihres Sohnes, einen 19jährigen Bulgaren, in Bulgarien zu erwirken. 1994 wurde ein Ermittlungsverfahren aufgenommen. Allerdings wurde nie richtig ermittelt und das Verfahren wurde eingestellt. Inzwischen lebt die Mutter nicht mehr. In diesem Jahr werden Erinnerungsveranstaltungen zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in Leipzig stattfinden. Veranstaltungen über die Leipziger Opfer des Eisernen Vorhangs sind von der Stadt aktuell nicht geplant.

Ulf Georgiew

Gegenwart und Zukunft im Blick

23. Bundeskongreß der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen am 17. und 18. Mai 2019 in Berlin.

Der diesjährige Bundeskongreß der Landesbeauftragten und der Stiftung Aufarbeitung stand unter der Überschrift „30 Jahre nach der Friedlichen Revolution – Gegenwart und Zukunft der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen“.

Ausrichter in diesem Jahr war der Berliner Beauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello. Auf die Zukunft bezogen stellte er in seiner Begrüßung heraus, daß junge Menschen zielgerichteter anzusprechen seien. Der aktuellen Debatte in Berlin um staatliche Wohnungsentzignungen entgegnete er mit dem Verweis auf die Wohnungsverhältnisse in der DDR. In Erinnerung an die

Scheinwahlen von 1989 sprach er seine große Dankbarkeit aus für die heutigen freien Wahlen, nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl.

Als Co-Gastgeberin begrüßte die Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Kongresses. Sie richtete zunächst einen Blick zurück und hob hervor, daß viel erreicht worden sei. Kritisch äußerte sie sich zu dem in den 90er Jahren entstandenen falschen Bild, weil in der Berichterstattung der Diktaturbegriff für die DDR vermieden wurde. Die Täter seien in den Mittelpunkt gestellt worden. Auch in der

nahen Vergangenheit habe man gegen den, von einigen Kreisen betriebenen, Schlußstrich in der DDR-Aufarbeitung kämpfen müssen. Mittlerweile sei es jedoch Konsens, die DDR als Diktatur zu sehen, und auch die Schlußstrichdebatte sei überwunden.

Im Anschluß fand die schon traditionelle Runde statt, in der die Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen ihre Berichte und Statements vortrugen. Auch der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, kam zu Wort. Sein Beitrag behandelte die am 6. Juni im Deutschen Bundestag stattfindende Beratung des gemeinsamen Antrags von den Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD (siehe auch Editorial Ausgaben 4 u. 5/2019).

Der Regierende Bürgermeister von Berlin war nicht zugegen. Vertreten wurde er von der Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und

Internationales, Sawsan Chebli, die in ihrer Ansprache u.a. Institutionen wie der Robert-Havemann-Gesellschaft, der ASTAK oder der UOKG ihren Dank und ihre Anerkennung aussprach.

Der anschließende Festvortrag, gehalten von Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Präsidentin der Volkskammer a.D. und Bundesministerin a.D., behandelte das Thema „30 Jahre Friedliche Revolution. Engagement und Bedeutung der Zivilgesellschaft“. Neben der Geschichte der Volkskammer ging Dr. Bergmann-Pohl insbesondere auf ihre Erfahrungen aus der Arbeit in den 90er Jahren ein. Dabei sei ihr erschreckend bewußt geworden, wie weit die Unkenntnis und Ignoranz der alten Bundesländer gegenüber den Entwicklungen in den neuen Bundeslän-

dern verbreitet war. Den Ostdeutschen sei zu wenig zugehört worden und es fehle auch weiterhin die Empathie für die Probleme der Menschen durch die Wiedervereinigung.

Am Sonnabend standen auf dem Programm die Themen „Geschichte der Verbände“, mit einem Impulsvortrag von Jörg Siegmund und anschließender Diskussion, sowie „Gegenwart und Zukunft der Verbände und Aufarbeitungsinitiativen“ in Form einer Podiumsdiskussion. Das Podium setzte sich zusammen aus Hugo Diederich (VOS), Melanie Dore (Projektbüro Friedhof der Märzgefallenen), Anne Drescher (Landesbeauftragte in Mecklenburg-Vorpommern) Dr. Olaf Weißbach (Robert-Havemann-Gesellschaft) und wurde von Dr. Peter Wurschi (Lan-

desbeauftragter des Freistaats Thüringen) moderiert.

Der zweitägige Bundeskongreß endete mit einer Gedenkveranstaltung in Teltow, bei der Martin-Michael Passauer (Generalsuperintendent a.D.) die Gedenkrede hielt.

Der gut besuchte Kongreß hatte einige sehr interessante und informative Beiträge und Diskussionen zu bieten. Besonders positiv wurde von den Teilnehmern vermerkt, daß, anders als in den Jahren zuvor, die Berichte und Beiträge aus den Verbänden und Initiativen gleich an den Anfang der Tagung gestellt worden waren.

Benjamin Baumgart

Schüler erradelten Geschichte

(lbmv) Am 17. Juni 2019 starteten in Wittenberge 30 Teilnehmer, darunter 19 Schülerinnen und Schüler aus Lütz, Malchin und Schwerin, zur mittlerweile sechsten Auflage der Radtour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Im Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution 1989 konnte die Gruppe ihr Wissen über Ereignissen, Ursachen und Hintergründe

der deutschen Teilung und ihrer Überwindung vertiefen.

Die Tour der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern, der Landeszentrale für politische Bildung MV und des Vereins Politische Memoriale e.V. nahm dabei inhaltlich u.a. auf die Verfolgung

von Jugendlichen 1945 in Wittenberge, auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953, das DDR-Grenzregime, den Herbst 1989 und die Herstellung der deutschen Einheit seit 1990 Bezug.

Auf den 200 Kilometern bis zum Erreichen des Zielorts Lübeck am 21. Juni kamen die Teilnehmer mit Zeitzeugen ins Gespräch, gedachten der Opfer von Gewaltherrschaft, besuchten Museen, Gedenkstätten und andere Erinnerungszeichen. 

Viva Polonia – Viva Toszek

Über 80 Teilnehmer versammelten sich an unserer Gedenkstätte in Tost/Toszek in Schlesien am 25. Mai 2019, empfangen von einem Bläserkonzert und bestem Wetter, umrahmt von einem Blumenmeer, das durch mitgebrachte Blumen und Kränze noch answoll. Der Tag war gemeinsam mit dem Deutschen Freundeskreis von Tost organisiert worden.

Der Bürgermeister der Partnerstadt Hohenau/Bayern, leider an der Teilnahme verhindert wegen der EU-Wahl, schrieb: „In Gedanken und stillem Gebet werden wir am 25.05.2019 bei Ihnen sein und der Opfer von Gewalt, Tod und Vernichtung der vielen Menschen des NKWD-Lagers in Tost gedenken. – Auch wollen wir beim Gottesdienst am Sonntag, dem 26.05.2019 in unserer Pfarrgemeinde der Opfer gedenken und an die Gedenkfeier in Tost erinnern.“

Gedenken macht Sinn – Gedenken versucht, den Opfern wieder ein Gesicht und

eine Stimme zu geben. Gedenken sei kein Selbstzweck und nicht nur auf die Vergangenheit gerichtet, sondern ebenso auf die Gegenwart und die Zukunft. Gedenken sensibilisiere dafür, rechtzeitig zu erkennen, wenn Frieden, Freiheit oder die Menschenrechte bedroht sind.

gez. Eduard Schmid, Erster Bürgermeister – Gemeinde Hohenau und Partnerstadt der Stadt und Gemeinde Toszek“

Als erster Redner hieß uns Bürgermeister Dr. Grzegorz Kupczyk mit warmen Worten herzlich willkommen in Toszek, er freute sich über unseren wiederholten Besuch. Übrigens spricht er, wie viele Bürger in Tost, gut deutsch.

Darauf folgte die Rede der Konsulin des deutschen Konsulats in Oppeln, verlesen von Dorothee Brodure, die auf die Geschichte des NKWD-Lagers Tost einging und die Grausamkeiten anführte, die die hilflosen, verängstigten und hungernden

Menschen ertragen mußten, bis schließlich von 4500 Häftlingen bei Auflösung des Lagers November/Dezember 1945 nur noch etwa 1500 lebten. 3000 wurden in Massengräbern verscharrt. 



Foto: Michael Mathenia

Drei Generationen aus Tost bei der Kranzniederlegung.

Dr. Jens Baumann, Mitarbeiter im Sächsischen Staatsministerium, verlas die Grußbotschaft des Sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, in der es u.a. hieß: „Das Lager existierte nur ein halbes Jahr und kostete dennoch Tausende das Leben. Es war eines der Lager mit der höchsten Sterberate. Was damals geschah, übersteigt unsere Vorstellungskraft. Die Speziallager sollten eigentlich der Überprüfung der Internierten dienen, doch darauf – also ein geordnetes Gerichtsverfahren – warteten die meisten Inhaftierten vergeblich. Ein großer Teil kehrte niemals zurück. – Daß wir von der Außenstelle des Bautzener Speziallagers heute überhaupt noch sprechen und der zu Tode Gekommenen gedenken, verdanken wir vor allem dem Einsatz von Sybille Krägel. Als die Mauer fiel, war für sie die Zeit gekommen, das Schicksal ihres Vaters zu erforschen, der als einer von vielen das Lager Tost nicht überlebte. Seit vielen Jahren organisiert sie die Gedenkfahrten nach Tost. Die Stadt



Bei der Ansprache des ehemaligen Bürgermeisters von Auschwitz, Janusz Marszałek.

Toszek hat sie dafür zur Ehrenbürgerin ernannt. Auch ich möchte ihr und den anderen Mitstreitern – etwa vom Deutschen Freundschaftskreis Tost – meinen Dank aussprechen. Dank gebührt auch dem Bürgermeister von Toszek, Grzegorz Kupczyk, für die Unterstützung des Gedenkens.“

Ich danke dem Deutschen Freundschaftskreis sowie dem Bürgermeister und Stadtrat für fortwährendes Mitwirken – deutsch und polnisch – und begrüßte Janusz Marszałek, den ehemaligen Bürgermeister von Auschwitz, der in seiner anschließenden zweisprachig gehaltenen Rede unter anderem sagte: „Es ist sehr wichtig, daß man nicht vergißt, was in Wirklichkeit Krieg verursachen kann. Ich bin 1955 geboren in Auschwitz – in der Stadt, die im II. Weltkrieg 1940 bis 1945 zu einem tragischen Ort für über eine Million Menschen – zuerst Polen und dann Juden aus ganz Europa, Roma und Sinti und russische Kriegsgefangene geworden ist. Auch dort hat der russische NKWD noch nach Kriegsabschluß Tausende von Polen, Schlesiern und Deutschen gequält. Aus

der Geschichte müssen wir immer wieder lernen, wie die meisten Menschen in den Kriegen leiden müssen. – Morgen haben wir eine neue Chance, dem Friedensprozeß in Europa weiter zu helfen. Die Europawahlen 2019 geben uns die Gelegenheit, die richtigen, friedensorientierten Menschen für das Europaparlament zu wählen, um weiterhin normal zu leben. Die Europäische Union gibt uns allen Chance auf die Normalität und auf das Leben in Frieden.“ – Janusz Marszałek ist Präsident der polnischen Senioren Union sowie Vizepräsident der Europäischen Senioren Union.

Maximilian Heidrich, Mitarbeiter des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, erläuterte in seiner Ansprache auf dem Friedhof vor der Namenstafel für die nach der Entlassung Verstorbenen die extrem brutalen Zustände des Lagers. 40 Männer wurden nach der Entlassung von Toster Bürgern und Ordensschwestern aufgenommen und konnten wenigstens „in warmen Betten sterben“. „Für die hier Umgekommenen möchte ich beispielhaft den Lagerinsassen Hans-Werner Rasmussen anführen. Nicht nur, um den hier Verstorbenen ein Gesicht zu geben, sondern auch, weil er Sybille Krägel's Vater war, dessen Geschichte sie und uns auch hierher geführt hat. Hans-Werner Rasmussen wurde in der Nacht zum 2. Juni 1945 von zwei Zivilisten und zwei sowjetischen Militärs aus dem Bett geholt. Mitten in der Nacht. Auch das war Methode – Vater von fünf Kindern, Autofabrikant sowie Geschäftsführer der FRAMO-Werke in Hainichen.“ – Der Sächsische Landesbeauftragte unterstützte zum zweiten Mal unsere Veranstaltung finanziell.

Nach dem schlesischen Mittagessen auf der Burg fand in der Kirche eine zweisprachige ökumenische Andacht mit sehr persönlichen Worten von Pfarrer Dr. Piotr Tarlinski statt. Den Höhepunkt des Tages bildeten unbestritten das Ave Maria, vorgelesen von Sabina Olbrich und Mieczysław Błaszyk, der Jugendchor Con Colore, geleitet von Karina Kupczyk, und, last but not least, der fast überirdisch anmutende Gesangsbeitrag von Joanna Kostka. Die Musik löste Emotionen aus und Gedanken an die damals so sehr gequälten Menschen – es war sehr, sehr berührend. Das Publikum dankte mit riesigem Beifall.

Auch Dr. Reinhard Amlacher aus Thüringen wurde nach seiner Erstreise 2017 mit uns aktiv. U.a. organisiert und unterstützt er finanziell eine Fahrt für den Jugendchor Con Colore nach Thüringen im Juni 2019.

Davon und von seinen zahlreichen Besuchen in Tost in den letzten beiden Jahren berichtete er auf der Burg. Danke auch für die Spende zur Gedenkstättenpflege.

Professor Józef Musielok machte zum Schluß noch eine Führung im ehemaligen Gefängnis möglich. (Dies wäre eigentlich der erste Programmpunkt gewesen, den wir leider kippen mußten, weil unser Bus von Deutschland fast zwei Stunden länger brauchte auf der ohnehin schon langen Fahrt.) Darüber freuten sich auch die beiden Amerikanerinnen, die extra aus Kalifornien/USA eingeflogen waren, weil ihr sudetendeutscher Großvater für die Familie bis zum letzten Herbst noch als verschollen galt. Aus meiner Datenbank konnte ich Auskunft geben, daß er am 30.10.1945 verstorben war.

Dr. Jens Baumann postete auf facebook u.a.: „Insgesamt eine unglaublich beeindruckende Veranstaltung, hervorragend organisiert von Frau Krägel (die hier selbst ihren Vater verlor) und Frau Matheja vom DFK-Tost, an der mehr als 80 Gäste aus Deutschland und Polen teilnahmen. Bewegende Worte sprach u.a. der Bürgermeister der Stadt Toszek. Höhepunkt der Veranstaltung war der Gedenkgottesdienst in der katholischen Kirche. Es war mir eine Ehre, die Grußbotschaft unseres Ministerpräsidenten vorzutragen und für den Freistaat einen Kranz niederzulegen. Einen Tag vor der Europawahl war diese Veranstaltung ein beispielhaftes Zeichen, wie Polen und Deutsche gemeinsam die Zukunft gestalten können.“

Dem kann ich mich nur anschließen. Der nächste geplante Termin ist der 15. Mai 2021.

Sybille Krägel



Emotionaler Moment zwischen der Amerikanerin Claudia Bauer (l.) und Sybille Krägel.

Repressionsorte

(st)Am 15. und 16. Juni fand in Berlin das UOKG-Verbandetreffen mit dem Schwerpunkt „Verborgene Orte der Repression“ statt. Einem Grußwort Roland Jahns (BStU) folgten zwei Vorträge zum Thema „Landschaften der Verfolgung – BMBF-Forschungsverbundvorhaben“. Dr. Stefan Donth, Leiter Forschung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, erklärte zunächst dieses 2017 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung angebotene Projekt, das mit 36 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt unterstützt wird. Universitäre Einrichtungen sollen mit Institutionen der Aufarbeitung gemeinsam die Geschichte der SBZ und DDR von 1945 bis 1989 erforschen. Inzwischen haben sich 14 solche Forschungsverbünde gegründet. U.a. die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und die Berliner Charité erforschen die Geschichte der politischen Haft und ihre Folgewirkungen, nicht zuletzt mit dem Ziel, möglichst genaue Opferzahlen zu ermitteln. Prof. Dr. med. Stefan Röpke von der Charité Berlin leitet dabei ein Teilprojekt, das die körperlichen und psychischen Folgen bei ehemaligen politisch Inhaftierten untersucht. Das Risiko einer Erkrankung sei hier generell höher als beim anderen Teil der Bevölkerung. Das gelte ebenfalls für die Kinder von politisch Inhaftierten.

Zum Thema „GPU-Keller – Haftorte der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin“ referierte Peter Erler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Mißhandlungen seien dort an der Tagesordnung gewesen. Erler zeigte die Abbildungen der Häuser in den einzelnen Berliner Stadtbezirken, in denen damals die sowjetische Geheimpolizei residierte, erklärte auch, welchem Zweck sie heute dienen und erläuterte die grundlegenden Strukturen des Geheimdienstapparates in Berlin. Das Zentralgefängnis befand sich in Hohenschönhausen in der Genslerstraße 64/65. Von 1950 bis 1953 wurden die Strukturen langsam zurückgebaut, zugunsten des damals neugegründeten MfS.

Jochen Krüger, wissenschaftlicher Volontär in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, widmete sich anschließend dem Thema „Konspiration über alles. Die geheimen Wohnungen und Objekte der Stasi in Ost-Berlin“. Er beschrieb zunächst die Sonderausstellung in der Gedenkstätte mit gleichem Thema, in der

das Publikum über eine riesige Luftbildaufnahme Berlins läuft. Auf ihr sind die entsprechenden Wohnungen und Objekte verzeichnet. An 100 Punkten kann man iPad-unterstützt tiefergehende Informationen erhalten. Weil besonders die konspirativen Wohnungen einer starken Fluktuation unterlagen, habe man sich auf den Stand von 1988/89 bezogen, so Krüger. Zu unterscheiden seien außerdem die Wohnungen, die das MfS direkt anmietete, und jene, die Privatpersonen gehörten, meist IM. Bei der Erforschung finde man in den Wohnungsakten allerdings nur Formalien. Wofür die Wohnungen genutzt worden seien, stehe in den Fallakten. Dabei handle es sich z.B. um Überwachung von Oppositionellen, Überwachung der Grenze, Observierungspunkte, Unterbringung von Mitarbeitern befreundeter Geheimdienste. In der Oderberger Straße im Prenzlauer Berg z.B. gab es allein elf solche konspirative Wohnungen. Darüber hinaus habe es konspirative Objekte gegeben. Eines davon sei im Pergamonmuseum hinter dem Pergamonaltar verborgen gewesen und habe den konspirativen Treffen von MfS-Hauptamtlichen mit Informanten gedient.

Es folgte die nichtöffentliche Mitgliederversammlung der UOKG. Weil der Bundesvorsitzende, Dieter Dombrowski, noch einen anderen Termin wahrnehmen mußte, hatte der Stellvertretende Vorsitzende Roland Lange den öffentlichen Teil geleitet und übergab nun an Benjamin Baumgart. Zunächst berichtete die neue Stollberger Gedenkstättenbeauftragte Bianca Eichhorn vom Stand der Entwicklung der Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck. Aktuell sei es vor allem wichtig, die Anträge auf Fördermittel fristgerecht zu stellen. Die Folge der laufenden Bauarbeiten auf dem Areal sei, daß vorerst keine öffentlichen Führungen mehr angeboten werden könnten. Dies solle aber mit häufigeren Veranstaltungen kompensiert werden.

Den Bericht des Vorstandes über die Zeit von Ende

November 2018 bis Mitte Juni 2019 referierte Benjamin Baumgart. Neben dem Empfang beim Bundespräsidenten und einer Abendveranstaltung zum Thema „Zersetzung“ bestanden die Aktivitäten der UOKG vor allem aus dem sogenannten politischen Netzwerken. Z.B. zu dem Antrag „30 Jahre Friedliche Revolution“ von CDU/CSU und SPD und dem Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums zur Entfristung und den Heimkindern hatte es im Vorfeld mehrfach intensive Gespräche mit Entscheidungsträgern gegeben. Die Arbeit der UOKG ist sowohl anlaß- als auch gremienorientiert. Zu den Gremien gehören verschiedene Verbänderunden, an denen sie teilnimmt, oder auch regelmäßig stattfindende Fachgespräche mit Abgeordneten.

Neu in die UOKG aufgenommen wurde die „Aufarbeitungsinitiative Zwangsausiedlungen“. Ein Antrag des Vereins „Pro Universitätskirche Leipzig e.V.“ wurde mehrheitlich angenommen. Die Leitung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen soll aufgefordert werden, Siegmund Faust wieder mit Führungen in der Gedenkstätte zu betrauen und ihn wieder in die Liste der DDR-Zeitzeugen aufzunehmen.

Am zweiten Tag wurde ausführlich über die Vorschläge einzelner Mitgliedsverbände diskutiert, wie sie sich an der Gestaltung der beiden Jubiläen 30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre deutsche Einheit beteiligen können. Die Bundeskanzlerin hatte Dieter Dombrowski in einem persönlichen Gespräch diese Mitwirkung versprochen. Nach den Berichten aus den Verbänden wurde die Veranstaltung mit einer Führung Roland Jahns durch das Stasi-Unterlagen-Archiv beschlossen.



Während des Vortrags von Peter Erler über GPU-Keller.

Aufruf zu Denkzeichen

an die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern

Die Friedliche Revolution 1989 war ein bedeutsames historisches Ereignis. Um es im kollektiven Bewußtsein zu verankern, rufen die Landeszentrale für politische Bildung und die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur von Mecklenburg-Vorpommern dazu auf, im gesamten Bundesland Denkzeichen an die Friedliche Revolution 1989 zu errichten. Überall sollen konkrete Orte markiert werden, an denen die Friedliche Revolution vor 30 Jahren ihre Geschichte(n) geschrieben hat. Jedes Denkzeichen steht für sich und ist gleichzeitig Teil eines Netzwerks, das die Ereignisse im Herbst 1989 in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Vergessen bewahrt.

30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern – Förderung von dezentralen Denkzeichen 1989

Die Friedliche Revolution 1989 hat Geschichte geschrieben. Sie hatte ihre Vorläufer, sie trug verschiedene Gesichter und sie war auch in Mecklenburg-Vorpommern an vielen Orten erlebbar. Dezentrale Denkzeichen im gesamten Bundesland sollen an all die kleinen und großen Geschichten erinnern, die zu ihrem Gelingen beigetragen haben.

Für die Gestaltung und Errichtung von Denkzeichen 1989 in Ihrer Gemeinde kann ab sofort bei der Landeszentrale für politische Bildung ein Zuschuß in Höhe von maximal 1989 Euro beantragt werden. Die ausführlichen Förderbedingungen finden Sie unter: www.lpb-mv.de/foerderung/fonds-denkzeichen-1989/.

Die Antragstellung ist einfach: Der Antrag kann durch eine Gemeinde, ein Amt oder einen Landkreis mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern (bzw. in einem Territorium, das vor 1989 zu einem der drei Nordbezirke der DDR gehörte) ganzjährig gestellt werden. Ein entsprechendes Antragsformular finden Sie unter: <https://www.lpb-mv.de/foerderung/fonds-denkzeichen-1989/>. Füllen Sie das zweiseitige Antragsformular aus und beschreiben Sie, woran Ihr Denkzeichen 1989 erinnern und wie es gestaltet werden soll.

Senden Sie Ihren Antrag auf dem Postweg an: Landeszentrale für politische Bil-

dung Mecklenburg-Vorpommern, „Denkzeichen 1989“, Jägerweg 2, 19053 Schwerin.

Die eingegangenen Anträge werden zeitnah geprüft. Die bewilligten Mittel werden ausgezahlt, wenn ein endgültiger Ge-

staltungsentwurf (inkl. Texte, Fotos etc.) eingereicht wird.

Bei Fragen wenden sie sich bitte an die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Tel. (0385) 588-179 50, poststelle@lpb.mv-regierung.de 

Gedenkveranstaltung in Malchow

Wir laden herzlich ein zur 22. Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer der sogenannten Malchower Werwolftragödie 1945/46 und weiterer jugendlicher Opfer aus Mecklenburg und Vorpommern. Die Veranstaltung ist Teil des 166. Malchower Volksfestes, welches in die Liste der UNESCO als immaterielles Kulturerbe aufgenommen wurde. Leider wird es immer notwendiger, daß wir an das Geschehen in den Jahren 1945/46 erinnern, weil es Kräfte gibt, die daran nicht erinnert werden möchten.

Im vergangenen Jahr wurde der Gedenkstein für die 6500 Wehrmachtsoffiziere auf den Massengräbern im Schmachtenhagener Forst (Sachsenhausen) geschändet und 2017 ein Kreuz auf den Massengräbern an der Düne (Sachsenhausen).

Die öffentliche Gedenkveranstaltung für die Opfer der Malchower Werwolftragödie und der anderen Jugendlichen aus Mecklenburg und Vorpommern findet statt **am 5. Juli 2019 um 11.45 Uhr** am Gedenkstein in der Gartenstr. 19, vor der ehemaligen Villa Blanck (damaliger Sitz der russischen Geheimpolizei).

Vorgesehener Ablauf

- Begrüßung der Teilnehmer durch die Organisatoren der Veranstaltung
- Musikalische Eröffnung mit dem Blä-

serquintett des Marinemusikkorps Kiel – „Trumpet Tune“ von Henry Purcell

- Grußworte: René Putzar, Bürgermeister der Stadt Malchow, Anne Drescher, Landesbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dietmar Henkel, Stellvertretender Bürgermeister der Stadt Waren/Müritz, Marita Richter, ehemalige Außenstellenleiterin Neubrandenburg des BStU
- Musikstück des Bläserquintetts des Marinemusikkorps Kiel mit dem Titel „So nimm denn meine Hände“
- Gedenkrede von Brigadegeneral Andreas Durst, Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 41 „Vorpommern“
- Schülerinnen und Schüler der Fleesensee Schule Malchow gestalten ihren Beitrag selbst
- Gebet des evangelischen Pastors Eckhard Kändler aus Malchow
- Kranzniederlegung, „Ich hatt einen Kameraden“
- Einladung der Familie Halbig auf das Gelände der ehemaligen Villa Blanck zur Kaffeetafel und zu Gesprächen (die Schülerinnen und Schüler der Fleesensee Schule Malchow servieren)
- gemeinsames Singen der Nationalhymne

Horst Vau/Jutta Vau

Achtung Grenze!

(st) Der Informationspfad „Achtung Grenze – Das Sperrgebiet der DDR in Potsdam 1961–1989“ entlang des Potsdamer Jungfernsees ist seit dem 10. April 2019 eröffnet. Die Ausstellung thematisiert den Aufbau der Sperranlagen sowie den Alltag im Grenzgebiet und wurde gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung. Sie

ist ganzjährig zugänglich und beginnt mit Station 1 an der Glienicker Brücke. Ein Spaziergang von ca. 60 Minuten entlang des Ufers führt bis zur Bertinistraße, wo sich Station 8 befindet. Dort war zwischen 1965 und 1990 ein zentraler Grenzübergang für den Schiffsverkehr zwischen Ost und West. 

„Von Sprachlosigkeit befreien“

Wanderausstellung über die künstlerische Traumabewältigung politisch Verfolgter der SED-Diktatur

(lakd) Auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution fällt es politisch Verfolgten der SED-Diktatur schwer, über die seelischen Verletzungen zu sprechen, die sie durch Haft, Bespitzelung und Diskriminierung erlitten haben.

Die Ausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“ zeigt Arbeiten, die in der Malgruppe der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ angefertigt wurden. Angeleitet wird die Trauma-Arbeit von dem Maler und Grafiker Dieter Zander, zwei traumatherapeutisch ausgebildete Mitarbeiterinnen begleiten die Gruppe.

Auf der Suche nach einem Weg, sich von Sprachlosigkeit zu befreien, zeigen die Arbeiten individuell gefundene Bild-Sprachen, in denen bedrückende Erinnerungen und bis heute bestehende Ängste, aber auch Hoffnungen Ausdruck finden. In der schützenden Gemeinsamkeit der Gruppe, die angeleitet und begleitet wird, gelingt es den ehemals Verfolgten, sich auf schöpferische Weise mit ihren

seelischen Belastungen auseinanderzusetzen.

Die Arbeiten gewähren einen Einblick in das Erlebte und das Weiterleben mit dem Trauma. Zu jedem Bild werden außerdem die Lebenshintergründe der Malerinnen und Maler angegeben.

Die Ausstellung ist bis zum 25. Juli zu sehen im Justizzentrum Potsdam, Saaltraktbereich, Jägerallee 10–12, 14469 Potsdam, jeweils montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr; der Eintritt ist frei.

Wir sind umgezogen!

Neue Anschrift seit Juni 2019:

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin
Tel. (030) 24 07 92 – 0, Fax -99
E-Mail info@aufarbeitung-berlin.de
Internet www.berlin.de/aufarbeitung

Vorstandswahl im Bautzen-Komitee

Im Vorfeld des Bautzen-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung fand am 8. Mai die Mitgliederversammlung des Bautzen-Komitees e.V. statt. In diesem Jahr standen wieder Wahlen an, und alle aufgestellten Kandidaten fanden die Zustimmung und das Vertrauen der Mitglieder. Als Vorsitzender wurde Alexander Latotzky wiedergewählt, ebenso wie Christian Schramm als Stellvertreter. Die langjährige Stellvertreterin Gudrun Sauer ist nicht wieder angetreten, ihre Aufgabe übernimmt Reinhard Pappai. Als großen Erfolg wertet es der Vorsitzende, daß sich mit Bür-

germeister Dr. Robert Böhmer und Harald Baumann-Hasske MdL sowie Stadtrat Roland Fleischer Vertreter aus der Regional- und Landespolitik zu einer Mitarbeit im erweiterten Vorstand bereit erklärten. Zu ihnen gesellt sich noch Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen, und wiedergewählt wurde als Beisitzerin ebenfalls Annegret Petasch.

Mit einem solchen Team kann das Bautzen-Komitee auch weiter voller Zuversicht in die Zukunft schauen.

A.L.

Gedenken in Ketschendorf

(moz) Am 11. Mai wurde in der Gedenkstätte in Fürstenwalde-Süd der Opfer des sowjetischen Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf gedacht. 4722 von ihnen sind namentlich bekannt. Etwa 80 Personen nahmen an der Veranstaltung teil. Sup. i.R. Eckhard Fichtmüller, Vorsitzender der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf, begrüßte die Anwesenden. Zeitzeugenschilderungen

seien eindrucksvoller als Zahlen und Fakten, sagte er und leitete damit über zum Bericht von Fritz Schneider aus Lübben, der mit acht Jugendlichen ins Lager gekommen war, von denen nur drei überlebten. René Goldmann aus Potsdam gedachte seines Großvater, eines Vaters von zehn Kindern, der das Lager nicht überlebte. Der Opfer wurde zum 30. Mal gedacht. 

Suchanzeigen

Interviewpartner gesucht

Ich bin Journalist für die britische Zeitung „The Guardian“ und suche für einen Artikel Interviewpartner, die a) sich in Richtung Rentenalter bewegen, und b) Probleme dabei haben, den Behörden ihre Diskriminierung in der DDR nachzuweisen. Dies könnten zum einen Opfer von Zersetzungsmaßnahmen sein, andererseits auch Personen, deren schulische oder berufliche Entwicklung aus politischen Gründen behindert wurde.

Bei Interesse bitte melden bei: Philip Oltermann, Guardian News & Media, Tel. 0151 15 74 62 14 oder (030) 28 04 68 93, E-Mail philip.oltermann@theguardian.com

Zwangsadoption

Hallo zusammen,

mein Name ist Paulina Metzsch und ich bin Fotografiestudentin. Mich hat das Thema der Zwangsadoption sehr berührt, und ich suche derzeit nach Betroffenen, die bereit sind, sich von mir porträtieren und mich an ihren Geschichten teilhaben zu lassen für mehr Sichtbarmachung dieses Themas. Vielleicht hat jemand hier Interesse oder kennt möglicherweise jemanden? Dann gerne bei mir unter paulina-metzsch@gmx.de melden. Ich würde mich freuen!

Paulina Metzsch

Zeitzeugen, helft!

Wir sind eine Studentenverbindung in Karlsruhe und wollen uns aus erster Hand von einer Dame oder einem Herrn über das Geschehen in der DDR vor dem Mauerfall informieren. Unsere Veranstaltung ist öffentlich und findet am 9. November 2019 als Abendveranstaltung mit Videobeiträgen und Aussprachen statt. Wenn Sie uns helfen wollen, wenden Sie sich bitte an Hagen Hartwig, Tel. (08 31) 57 53 08 90, E-Mail hagen.hartwig@t-online.de

Wer kennt „Susi“?

Gesucht werden Personen, die Auskunft über Brigitte Landskron (Spitzname „Susi“) geben können. Sie wurde 1968 aus der U-Haft der Staatssicherheit Pan-kow entlassen. Auskünfte bitte an IKB, PF 100 314, 04103 Leipzig. 

Hotel Waldeshöh

Roman über die Verschleppung einer DDR-Familie

Die Verschleppung Tausender Dorfbewohner an der innerdeutschen Grenze, die als „politisch unzuverlässig“ galten, war eines der schlimmsten Verbrechen der SED-Diktatur in den 40 Jahren DDR-Geschichte. Wer nach dem politischen Strafrecht, dem Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957, verurteilt worden war, wußte zumindest, welchen „Verbrechens“ er bezichtigt wurde, der „staatsfeindliche Hetze“ beispielsweise oder der

„Republikflucht“ oder der „Staatsverleumdung“.

Rund 11000 Grenzbewohner waren bei zwei Zwangsumsiedlungen, die in den Akten unter den Namen „Ungeziefer“ (1952) und „Kornblume“ (1961) geführt wurden, betroffen, in Dutzenden von Dörfern entlang der 1400 Kilometer langen innerdeutschen Grenze von Lübeck bis Hof. Da fuhren, in der Nacht oder in den frühen

Morgenstunden, Lastkraftwagen, begleitet von Rollkommandos der Volkspolizei, vor die Wohnungen der umzusiedelnden „Staatsfeinde“ und befahlen den eingeschüchterten Bewohnern, ihre Habseligkeiten zu packen, in zwei Stunden würden sie weggebracht werden. Das Fahrziel wurde nicht genannt.

Im südthüringischen Streufdorf bei Hildburghausen wurden am 5. Juni 1952 gegen das gewaltsame Vorgehen der Volkspolizei Straßensperren errichtet und die Kirchenglocken geläutet. Daraufhin kam es zum Einsatz von Wasserwerfern und zu Verhaftungen. Heute, drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, gibt es eine Reihe von Sachbüchern zu diesem Thema, aber noch keinen Roman, den hat Kati Naumann nun geschrieben.

Sie ist 1963, wie ihre Romanheldin Christine Dressel, in Leipzig geboren

und verbrachte jedes Jahr ihre Sommerferien (1. Juli bis 31. August) mit ihrer Schwester Sabine bei den Großeltern, die seit 1952 im Landkreis Sonneberg im Sperrgebiet lebten. Jahrzehnte später suchte sie, inzwischen über 50 Jahre alt, im Thüringer Wald nach Spuren der „verwunschenen Welt ihrer Kindheit“ (Selbstaussage). Für die Schreibe arbeitete sie ein Zimmer am Rennsteig und befragte Zeitzeugen. Einige von ihnen verschlossen sich jeder Auskunft, andere waren erleichtert, endlich frei über ihre Erlebnisse sprechen zu können. Kati Naumann blieb davon nicht unberührt: Einmal mußte sie auf der Rückfahrt von einer Zeugenbefragung auf der Landstraße anhalten und weinen über das Schreckliche, das sie erfahren hatte.

Was den Leser immer wieder erstaunt, ist die Genauigkeit, mit der sie über die DDR-Jahre vor ihrer Geburt, die sie selbst nicht miterlebt hat, berichtet. Die Aneignung eines umfangreichen DDR-Wissens war hier Bedingung, diesen Roman überhaupt schreiben zu können.

Der Roman spielt auf zwei Zeitebenen: In der Gegenwart des Jahres 2017 und in der Erinnerung an die DDR-Jahre 1949/77. Im Sommer 2017 gerät die Rechtsanwaltsgehilfin Milla aus Coburg bei einer Rennsteigwanderung auf Abwege und stößt zufällig auf die von Unkraut und Gestrüpp überwucherten Reste eines abgerissenen Hauses. Beim Freilegen entdeckt sie eine Kellertür, steigt die Treppe hinunter und gelangt in den unzerstörten Vorratskeller der Hotelfamilie Dressel, die mehrere Generationen hier im Hotel „Waldeshöh“ gewohnt hat. Milla gelingt es, die noch lebenden Familienmitglieder, die am 2. Juli 1977 nach Wolfen bei Bitterfeld und nach Meißen verschleppt wurden, ausfindig zu machen und sie zu überreden, noch einmal, trotz aller Aussichtslosigkeit, einen Prozeß um Rückübertragung ihres geraubten Eigentums anzustrengen.

Wenn sich die von DDR-Erfahrungen unbelastete Coburgerin Milla mit den vier erwachsenen Dressels, die die „Umsetzung“ (so der amtliche Begriff) am 2. Juli 1977 noch miterlebt haben, spricht, so merkt sie immer wieder, daß sie ihr Leben in die Zeit „davor“ und „danach“ ein-

teilen. Dieser plötzliche Lebenschnitt zieht sich wie ein Leitmotiv durch ihre Gespräche. Es hat sie damals so tief verletzt, daß sie handlungsunfähig geworden sind, was die Rückforderung betrifft, zumal sie schon einmal einen Prozeß verloren haben. Die forsche Bundesbürgerin Milla dagegen, die sich mit Gesetzestexten und Behördengängen auskennt, ist furchtlos und ohne Hemmungen.

Schließlich gelingt es ihr, vom Staatsarchiv Meiningen den Bericht der Volkspolizei über die Zwangsaussiedlung vom 2. Juli 1977 zu bekommen.

Schon Jahre vorher wurden die Dressels ständig bedrängt, die Gegend zu verlassen. Da kommt ein Vertreter des Rates des Kreises in Sonneberg und redet ihnen gut zu, den grenznahen Ort zu verlassen, weil das Leben dort zu „gefährlich“ sei; da wird, als 1960 bei Gerda Dressel die Wehen einsetzen, der Einsatz des Krankenwagens verweigert; für Stunden wird das Licht ausgeschaltet; eine Leiter, die zur „Republikflucht“ mißbraucht werden könnte, wird beschlagnahmt; die Kinder müssen von der Schule einen kilometerlangen Umweg gehen, weil der Busfahrer nicht mehr auf freier Strecke halten darf, von wo sie es näher zum Hotel hätten; und als Gerda und Werner Dressel 1956 heiraten, treffen die Passierscheine für die Gäste erst einen Tag später ein.

Aber auch innerhalb der Familie gibt es Intrigen, die allerdings erst 2017 aufgedeckt werden. So hat Tante Elvira, die nach der Verschleppung in der Porzellanmanufaktur Meißen arbeitete, bei einem Besuch in der Bezirksleitung Suhl der Staatssicherheit dafür gesorgt, daß ihre Familie Haus und Heimat verlor. Das 1904 eröffnete Hotel wurde schon am 3. Juli 1977 abgerissen. Und Werner Dressels engster Freund Siggie arbeitete jahrelang im Grenzgebiet für die „Firma“.

Kati Naumann hat mit ihrem sehr lesenswerten und spannenden Roman den Stummen eine Stimme gegeben, den einfachen Leuten, die vom Staat verfolgt wurden und selbst nicht reden können, weil sie wie versteinert sind in ihrem Schmerz.

Jörg Bernhard Bilke



Kati Naumann: *Was uns erinnern lässt*, Roman, Verlag HarperCollins, Hamburg 2019, 416 S., 20,- €

Veranstaltungen

1.7. (Mo), 18.15 Uhr:

Das Erbe der Spaltung. Die Linke in Ost und West zwischen Totalitarismus und Demokratie, öffentliche Ringvorlesung mit Gerd Koenen, Frankfurt/M., in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.7. (Mi), 18.15 Uhr:

Kulturgutentzug in den Akten des MfS, wissenschaftliches Kolloquium mit Dr. Helge Heidemeyer, Arno Polzin u. Ralf Blum, BStU; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung und Forschung; Ort: BStU-Zentralstelle, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, Foyer Haus 31, 10178 Berlin

3.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Der Staat gegen Fritz Bauer, Film, Dt. 2015, im Rahmen der Reihe Kino im Freihof „Vorbereitung zum Hochverrat“ der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

5.7. (Fr), 11.00 Uhr:

Das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort, Rundgang über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg; Veranstaltung d. BStU, Ort: Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

6.7. (Sa), 11.00 Uhr:

Schlagstöcke zum Republikgeburtstag, Lesung aus Stasi-Akten im Rahmen des Louis-Braille-Festivals; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Stasi-Unterlagen-Archiv Außenstelle Leipzig, Dittichring 24, 04109 Leipzig

6.7. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:

Museumsnacht „Die SED muß weichen. Die Friedliche Revolution in den Stasi-Akten“; 19.00 Uhr: Gesichter der Friedlichen Revolution, Ausstellungseröffnung, Thomas Mayer, Autor, stellt ausgewählte Biographien vor; 20.00 Uhr: Die Gruppe der 20, Vortrag v. Dr. Herbert Wagner, Zeitzeuge; 21.00 Uhr: „Lichter, die wir selbst anzünden“, Utz Rachowski, Autor, liest aus seinem neuen Essayband; 22.00 Uhr: Orte der Friedlichen Revolution, Dokumentarfilm der Sächsischen LpB über das Ende des SED-Regimes in Sachsen; durchgehende Angebote: Bildpräsentation v. Überwachungsfotos, Vom Antrag zur Akte – Einblicke in die Antragsbearbeitung, Antragstellung möglich, ab 18.30 Uhr stündliche Archivführungen „Auf den Spuren der Stasi“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

Roter Hunger

(VT) Der gegenwärtige Konflikt um die Ostukraine und die Krim ist ohne diese historische Last nicht zu verstehen – der erzwungene Hungertod von mehr als drei Millionen Ukrainern 1932 und 1933, Holodomor genannt, war eine der größten Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Und sie hat Folgen bis heute – Stalins „Krieg gegen die Ukraine“ hat sich tief im kollektiven Bewußtsein der osteuropäischen Völker verankert.

Pulitzer-Preisträgerin Anne Applebaum vereint in ihrer Darstellung auf eindrückliche Weise die Perspektive der Täter und jene der Opfer: Sie zeigt Stalins Terrorregime gegen die Ukraine, die Umstände der Vernichtungspolitik – und verleiht zugleich den hungernden Ukrainern eine Stimme. Ein gewaltiges Buch, erschütternd und erhellend zugleich.

Anne Applebaum, geboren 1964 in Washington, D. C., ist Historikerin und Journalistin. Sie begann ihre Karriere 1988 als Korrespondentin des Economist in Warschau, von wo sie über den Zusammenbruch des Kommunismus berichtete. Für ihr Buch „Der Gulag“ (2003) erhielt sie den Duff-Cooper- und den Pulitzer-Preis. Applebaum ist mit dem polnischen Autor und ehemaligen Außenminister Radek Sikorski verheiratet und lebt in Warschau. 2012 erschien „Der Eiserne Vorhang“.

Unzertrennlich

(VT) Hanno ist fünfzehn, als seine Familie 1948 vor der Verfolgung durch den KGB aus Leipzig nach Triest flieht. Zurück in der Heimatstadt bleibt sein Freund Manfred. Fortan können sich die beiden nicht mehr sehen, aber sie schreiben sich und bleiben so in Verbindung. Hanno berichtet unter anderem von den extremen Schwierigkeiten beim Aufbau einer neuen Existenz in der Fremde und Manfred über seinen Kampf gegen die Willkür der DDR-Obrigkeit, die schließlich zur Enteignung seiner kleinen Fabrik führt. In vier Jahrzehnten der Trennung entsteht ein außergewöhnlicher Briefwechsel, in dem sich die Geschichte der Zeit in den mitgeteilten Hoffnungen, Gefühlen, Erfolgen, aber auch Sorgen und Ängsten widerspiegelt. Erst 1992 konnten sich die beiden Freunde wieder umarmen.

Hanno Speich wurde 1933 in Leipzig geboren und floh 1948 mit der Familie aus Ostdeutschland bis nach Triest zu den Großeltern mütterlicherseits. In Triest besuchte er das Gymnasium und studierte anschließend Ingenieurwissenschaften an der Technischen Universität, wo er auch promovierte. Danach war er bis zur Pensionierung Manager eines multinational tätigen Unternehmens in Mailand. Er hat mehrere Fachbücher für die technischen Hochschulen in Italien und in Spanien veröffentlicht.

Hörspiel über ehemaligen DDR-Häftling

Der „Hörspielpreis der Kriegsblinden“ 2019 wurde der Greizer Autorin und Regisseurin Susann Maria Hempel verliehen. Sie erzählt in ihrem Stück „Auf der Suche nach den verlorenen Seelenatomen“, gesendet am 28. November 2018 im Radio Berlin-Brandenburg (rbb), die Geschichte eines ehemaligen DDR-Häftlings. Ihr Hörspiel wurde aus 24 Einsendungen ausgewählt, die Preisverleihung fand am 7. Mai beim Deutschlandfunk (DLF) in Köln statt.

Das Hörspiel basiert auf Gesprächen, die die 1983 in Greiz/Thüringen geborene Verfasserin mit einem ehemaligen Häftling, der im Gefängnis schwer traumatisiert wurde, geführt hat. Susann Maria Hempel hat mit 16 Jahren die Schule abgebrochen und wirkte dann als Musikerin, Schauspielerin und künstlerische Mitarbeiterin am „Theaterhaus Weimar“, von 2001 bis 2009 studierte sie Mediengestaltung an der Bauhaus-Universität in Weimar. Als Stipendiatin der Thüringer Medienstiftung erhielt sie 2012 das „cast & cut“-Kurzfilmstipendium in Hannover.

Der „Hörspielpreis der Kriegsblinden“ wurde 1950 vom Bund der Kriegsblinden gegründet. Unter den Preisträgern seit 1952 waren auch angesehene Schriftsteller wie Friedrich Dürrenmatt (1957), Ingeborg Bachmann (1959) und Walter Kempowski (1981).

Jörg Bernhard Bilke



.....
Anne Applebaum: Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine, Siedler Verlag 2019, 544 S., 36,- €
.....



.....
Hanno Speich: Unzer Trennlich trotz Mauer und Eisernem Vorhang, Mitteldeutscher Verlag 2016, 352 S., 14,95 €
.....



Henry Leide: *Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR*, BStU, Berlin 2019, 325 S., 5,- €

Später galt die Ahndung von NS-Verbrechen im eigenen Land als weitgehend erledigt, bei jedem in der DDR entdeckten Täter drohte ein Glaubwürdigkeitsverlust. Folgerichtig wurden entsprechende Informationen von der Staatssicherheit unter Verschluss gehalten. Ließ sich ein Fall nicht verbergen, wie 1966 beim Auschwitz-Arzt Horst Fischer, reagierte man schnell und hart, um den überlegenen Ahndungswillen der DDR zu demonstrieren. Aber in anderen Fällen wurde die Verwicklung von Ostdeutschen in NS-Verbrechen von der Geheimpolizei unter den Teppich gekehrt. So blieben auch Personen, die in den im Vernichtungslager Auschwitz begangenen Völkermord involviert waren, in der DDR ungeschoren.



Stiftung Sächsische Gedenkstätten/ Dokumentationsstelle Dresden: *Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung – Leitfaden*. Dresden 2019, 0,- €

Die Publikation richtet sich vor allem an Angehörige, aber auch an Forschende und Gedenkinitiativen. Sie beleuchtet die juristischen Grundlagen und die Praxis der Rehabilitierung, enthält Hinweise auf Recherchemöglichkeiten und gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema, unter anderem: Wie verlässlich sind die Angaben in den sowjetischen Dokumenten, zum Beispiel zu Verhaftungs- und Verurteilungsgründen oder zu Todesumständen? Warum werden Deutsche, die ohne vorherige Verurteilung in Speziallagern interniert oder zur Zwangsarbeit „mobilisiert“ wurden, nicht rehabilitiert? Was kosten Auskunft, Rehabilitierungsverfahren und Akteneinsicht und wie lange dauert es? Die Rehabilitierung ist, wie Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, in seinem Geleitwort festhält, ein „wichtiger Beitrag zur historischen Aufarbeitung von Schicksalen Betroffener“.

Die Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten betreut im Auftrag des Auswärtigen Amtes Menschen, die die Rehabilitierung von Personen anstreben, welche während des Zweiten Weltkrieges oder danach von sowjetischen gerichtlichen oder außergerichtlichen Organen verfolgt worden sind. Dies umfaßt unter anderem Hilfestellung bei der Beantragung, Weiterleitung der Anträge an die zuständigen russischen Stellen sowie Übersetzung und Rücksendung der amtlichen Bescheide an die Antragsteller.

Kontakt: Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden/Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Tel. (03 51) 469 55 48, bert.pampel@stsg.de, www.dokst.de

Auschwitz und Staatssicherheit

(VT) Das Vernichtungslager Auschwitz steht für den industriemäßig organisierten Massenmord an den europäischen Juden, eine schwere Hypothek für die beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Die DDR-Führung versuchte, allein der Bundesrepublik hierfür die historische Verantwortung zuzuschieben und thematisierte die westdeutschen Versäumnisse bei der Ahndung der Verbrechen bevorzugt in ihrer Propaganda.

Die Strafverfolgung im eigenen Land wurde jedoch der Dimension der Verbrechen und den Erwartungen der Überlebenden auch nicht gerecht. Die Studie betrachtet den Umgang der DDR mit „ihren“ Auschwitz-Fällen, insbesondere ihre widersprüchliche Strafverfolgungspraxis. Dabei zeigt sich in der Phase der DDR-Gründung zunächst ein starker Ahndungswille, aber gleichzeitig eine willkürliche und weithin untaugliche Wahrheitsfindung. Drakonische Bestrafungen selbst bei zweifelhafter strafrechtlicher Schuld stehen neben unterlassener Strafverfolgung in tatsächlich schweren Fällen.

Aufarbeitung von Schicksalen

Info-Broschüre über Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung erhältlich

Die Dokumentationsstelle Dresden hat alle wesentlichen Informationen über das Verfahren der Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer Strafverfolgung in einer übersichtlichen Broschüre zusammengestellt. Darüber hinaus dokumentiert der Leitfaden anhand von fünf Fallbeispielen die damit verbundenen Erkenntnismöglichkeiten. Die Broschüre ist kostenfrei erhältlich und kann über den Webshop der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bestellt oder als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Veranstaltungen

7.7. (So), 10.00–17.00 Uhr:

Tag der offenen Tür in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; 14.00 Uhr: **Wolf Biermann live**, Open-Air-Konzert; Veranstaltung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Ort: Gedenkstätte, Genslerstr. 66, 13055 Berlin

9.7. (Di), 10.00 Uhr:

Archivführung für Senioren; der Zugang ist barrierefrei, auf Wunsch werden Sitzgelegenheiten bereitgestellt. Es besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen, ein gültiges Personaldokument ist erforderlich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

9.7. (Di), 18.00 Uhr:

Leben und Sterben im Speziallager Nr. 9 Fünfeichen, Dr. Rita Lüdtkke, Leiterin der AG Fünfeichen, referiert multimedial; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

9.7. (Di), 19.00 Uhr:

Statt-Kirchentag – Leipzig ist Zentrum der Opposition: Demonstration für Demokratie während des Kirchentages; vorab um 18.00 Uhr Schwerpunktführung in der Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Gesprächsreihe „Heute vor 30 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Ort: „Runde Ecke“ Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, im ehem. Stasi-Kinosaal der Gedenkstätte (Eingang Goerdelerring 20)

10.7. (Mi), 10.00 Uhr:

Archivführung für Senioren; der Zugang ist weitgehend barrierefrei, Sitzmöglichkeiten stehen an den Stationen des 90minütigen Rundgangs zur Verfügung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz; Ort: BStU Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz

10.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Die Blumen von gestern, Film, Dt./Österr. 2016, im Rahmen der Reihe Kino im Freihof „Vorbereitung zum Hochverrat“ der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

11.7. (Do), 10.00 Uhr:

Archivführung für Senioren, mit Kurzvortrag und Möglichkeit der Antragstellung; barrierefreier Zugang und Sitzgelegenheiten an den einzelnen Stationen des ca. 90minütigen Rundgangs; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl



Die Moskauer

15.7. (Mo), 18.15 Uhr:

Weimar ausstellen. Die erste deutsche Republik und ihre Musealisierung, öffentliche Ringvorlesung mit Peter C. Caldwell, Houston, in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

17.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Murer – Anatomie eines Prozesses, Film, Österr./Lux. 2018, im Rahmen der Reihe Kino im Freihof „Vorbereitung zum Hochverrat“ der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

23.7. (Di), 18.00 Uhr:

Vertreibung 1961. Peter Grimm, Journalist und Filmemacher, zeigt seinen Dokumentarfilm (50 min.); Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Die guten Feinde – Mein Vater, die Rote Kapelle und ich, Film, Dt. 2016, im Rahmen der Reihe Kino im Freihof „Vorbereitung zum Hochverrat“ der Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

31.7. (Mi), 17.00 Uhr:

Einer Diktatur auf der Spur. Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv, Führung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

6.8. (Di), 18.00 Uhr:

Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte. Dr. Andreas Petersen, Historiker von der Agentur zeit & zeugen Zürich/Berlin, stellt sein neuestes Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

13.8. (Di), 18.00 Uhr:

Wenn Freiheit zum Verbrechen wird – Über Flucht, Asyl und Auswanderung (Artikel 13 und 14 AEMR); Veranstaltung d. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Rahmen der Reihe „Achtung: Menschenrechte“, 70 Jahre Menschenrechts-erklärung; Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin; bitte zeitnah mögliche Änderungen unter www.stiftung-hsh.de prüfen

(VT) Woran die DDR gescheitert ist – das stalinistische Trauma der Gründergeneration: Die DDR war geprägt von Paranoia und Denunziation. Der Historiker und Publizist Andreas Petersen erzählt, wie es dazu kam, und erkundet das Trauma der Gründergeneration um Pieck und Ulbricht.

Sie hatten in Moskau die Jahre des Terrors erlebt, in denen Stalin mehr Spitzenkader der KPD ermorden ließ als Hitler. Angst und Verrat wurden für die Exilanten aus Deutschland zur schrecklichen Normalität.



.....
Andreas Petersen: Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte. S. Fischer Verlag 2019, 368 S., 24,- €

Ab 1945 übernahmen die zurückgekehrten „Moskauer“ die Führung in der sowjetisch besetzten Zone. Die ersten Jahre waren Stalin-Jahre, Zweifel und Fragen waren in der neu gegründeten SED nicht erwünscht. Die „Moskauer“ hätten sich sonst der eigenen Verstrickung stellen müssen. Denn jeder von ihnen hatte jemanden denunziert, um sich selbst zu retten, und jeder wußte es vom anderen. Ein Mantel des Schweigens legte sich über den neuen Staat.

Fesselnd schildert Andreas Petersen dieses Gründungstrauma und seine Folgen – ein lebendiges Psychogramm der führenden SED-Funktionäre, aber auch der Gesellschaft der DDR. Bis heute wird geschwiegen, Verwundungen, Ängste und Zorn sind nicht verschwunden. Ein aufrüttelndes Buch, das dazu beitragen kann, die noch immer spürbare Zerrissenheit zu überwinden.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munski am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görges-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Joachim Bauer, Joachim Bergter, Jürgen Borchert, Ludwig Börner, Wilfried Brosinsky, Erna Carbow, Heinz Engert, Dr. Wolf Erler, Eduard Finger, Klaus Fischer, Ursula Friesicke-Ismael, Werner Grose, Dr. Hans-Joachim Gutschmidt, Wilfried Härtel, Eva Irmsch, Margot Jann, Reinhard Klaus, Horst Lindemuth, Karin u. Dr. Rainer Löhnert, Fritz Mathei, Annerose Matz-Donath, Peter Menzel, Michael Möller, Roland Müller, Horst u. Sieglinde Opitz, Antje Pelz, Martha Pfeifer, Volker Pilz, Bodo Platt, Walter Erhard Radestock, Waltraud Rotner, Siegbert Schmolke, Xenia Schwarzbauer, Dr. Cornelia u. Dr. Hans-Joachim Springer, Harald Steinke, Matthias Wehner, Alexander Wörner

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu versengen.

Georg Christoph Lichtenberg

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Juni 2019

